

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

92/16

NAMIBIA

Lehrerstreik

SÜDAFRIKA

Tradition und Landrecht

LESOTHO

Textilarbeiterinnen gegen Konzerne



SADDOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADDOCC:

- » Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00) Tel. 01/505 44 84 Fax 01/505 44 84-7 URL: <http://www.sadocc.at>
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- » Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- » Projekt Jugendzentrum in Soweto

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADDOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 22,- (für Institutionen EUR 40,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 13,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960, IBAN AT70600000093009960, BIC BAWAATWW).

Mitarbeit bei SADDOCC

Willkommen, wenn Sie sich für praktische Solidarität mit dem Südlichen Afrika interessieren!

SADDOCC-Aktionsgruppe Südafrika:

Fundraising für Jugendzentrum in Soweto, Wanderausstellung Nelson Mandela, div. Veranstaltungen...
Kontakt: office@sadocc.at

Österreichische Namibia-Gesellschaft:

Unterstützung der Musikschule in Tsumeb
Kontakt: namibia@sadocc.at

Lesezirkel für afrikanische Literatur:

Diskussion afrikanischer Literatur – vorwiegend von erzählerischen Texten von Autor/inn/en aus Subsahara-Afrika, egal in welcher Originalsprache verfaßt, von denen deutsche Übersetzungen greifbar sind.
Kontakt: lotte.rieder@sadocc.at

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADDOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADDOCC. Spenden können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW

... Leserbeitrag...

zu „Tierpfleger mit Großkaliber“ von Simon Loidl (INDABA 91/16):

Ich kann sowohl Seidl wie auch die Kritik des Rezensenten gut verstehen – natürlich wünscht man sich als Ethnologe auch die Standpunkte von afrikanischen Arbeitskräften, Organisatoren und Politikern, ohne die diese Unternehmungen nicht möglich wären, man wünscht sich ökologische, zoologische und ökonomische Stellungnahmen – das ist aber nicht Seidls Methode, er will grauslich sein und dadurch aufschrecken.

Ingrid Thurner (Institut für Kultur- und Sozialanthropologie, Univ. Wien)

	3	<u>Namibias Lehrer/innen im Streik</u> Starke Gegensätze zwischen Reich und Arm und konservative Politik entladen sich immer häufiger in sozialen Konflikten, schreibt Herbert Jauch aus Windhoek.
<u>Sozialminister Kameeta in Wien</u>	7	
	13	<u>Sowetos „Mum Carol“ in Österreich</u> Am 16. Juni 1976 war Carol Dyantyi Teilnehmerin des legendären Schülermarschs von Soweto, heute kümmert sie sich um benachteiligte Kinder.
	14	<u>Tradition und Landrecht in Südafrika</u> Aninka Claassens und Edith Mychalewicz über Auswirkungen des südafrikanischen Gewohnheitsrechts in ländlichen Gebieten
<u>Oikocredit will verstärkt im Südlichen Afrika tätig sein</u>	17	
		
	20	<u>Jeans für Amerika</u> Wie multinationale Konzerne Arbeiterinnen in Lesotho ausbeuten und wie diese Verbesserungen erkämpfen. Von Ruth Karas
<u>Für ein Verbot nuklearer Waffen</u>	25	
<u>Rückblick auf die 17. CITES-Konferenz</u>	26	

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** (Verleger): Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Aninka Claassens, Franz Fiedler, Herbert Jauch, Ruth Karas, Adalbert Krims, Edith Mychalewicz, Peter Prinesdom, Manfred Sauer, Walter Sauer, Magdalena Waygand. **Fotos:** ALAFA-Projekt, Better Work Programme (ILO/IFC), Delegation der Europäischen Union in Namibia, Mathias Forcher-Mayr (Titel), Christoph Lipinsky (Arbeitersamariterbund), Namibia Scientific Society, Oikocredit Austria, SADOCC, Walter Sauer, Ulrich Seidl Film Production, Diva Shukoor, Südafrikanische Botschaft, Magdalena Waygand, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 10. Dezember 2016. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Helmuth Hartmeyer, Wien; Peter Jankowitsch, Wien; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Shula Marks, London; Kirsten Rüther, Wien.

Die Spannungen nehmen zu

Erster nationaler Lehrerstreik in Namibia

Abnehmende Kaufkraft und die politische Unflexibilität der Regierung führten Ende Oktober zum größten landesweiten Streik seit der Unabhängigkeit 1990. Ambitionierte Programme zur Armutsbekämpfung stagnieren. Weitere soziale Konflikte sind für 2017 zu erwarten. Von Herbert Jauch.

Als Hage Geingob im März 2015 sein Amt als dritter demokratisch gewählter Präsident Namibias übernahm, verbreitete er große Hoffnungen und sprach davon, ein gemeinsames „namibisches Haus“ für alle bauen zu wollen. Niemand sollte ausgeschlossen werden, Wohlstand für alle wurde zum nationalen Ziel erklärt. Armutsbeseitigung erhielt einen hohen Stellenwert, und ein neues Ministerium für Armutsbekämpfung und sozialen Wohlstand wurde eingerichtet, angeführt vom Befreiungstheologen und langjährigen Vorsitzenden der namibischen Grundeinkommenskoalition, Dr. Zephania Kameeta.

Geingob und Kameeta beteiligten sich im vergangenen Jahr aktiv an landesweiten Konsultationen, die dann in den *Harambee Prosperity Plan* mündeten. Dieser Plan wurde vom Staatsoberhaupt im April dieses Jahres während seiner zweiten jährlichen Rede zur Lage der Nation vorgestellt. Erwartet worden war ein konkreter Plan zur Armutsbeseitigung, einschließlich eines landesweiten Grundeinkommens (INDABA 84/14). Schließlich galt Geingob, der von 1990 bis 2002 bereits als Premierminister fungiert hatte, als einer der führenden Politiker innerhalb der Regierungspartei SWAPO, die der Einführung eines Grundeinkommens positiv gegenüberstanden.

Der Harambee Plan enthält allerdings kaum Neues und wiederholt statt dessen die übliche politische Rhetorik von effektiver Regierungsführung, wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt, Infrastrukturentwicklung und internationaler Zusammenarbeit. Armutsbeseitigung wird darin weiterhin als Ergebnis von wirtschaftlichem Wachstum und Arbeitsplatzbeschaf-



Wenig Neues im Harambee-Plan: Staatspräsident Hage Geingob

fung konzipiert, statt eine systematische Umverteilung des bestehenden Reichtums ins Auge zu fassen. So ist es dann auch nicht

verwunderlich, daß Armut auf die Hungerfrage reduziert und die Einrichtung einer Food Bank als einzige neue Maßnahme angekündigt wurde (INDABA 91/16). Immerhin wurde die staatliche Sozialrente von 600 namibischen Dollar (N\$) auf 1.100 erhöht.

Nach der Aufbruchsstimmung im ersten Amtsjahr sollte nun das heurige das Jahr der Umsetzung werden. Statt einer systematischen Umverteilung und Armutsbekämpfung blieben allerdings die alten Probleme bestehen, und neue kamen noch dazu. Die Landfrage – nicht nur in ländlichen Gebieten, sondern auch in den Städten, wo Häuser für den Großteil der Bevölkerung unerschwinglich geworden sind – ist einer der Brennpunkte, die weiterhin ungelöst sind. Eine neue Jugendbewegung zu diesem Thema entstand, das *Affirmative Repositioning Movement (ARM)*, und drohte mit Landbesetzungen, falls nicht Bauland zur Verfügung gestellt würde. Nach der Intervention des Präsidenten kam es dann zwar noch zu einem Einlenken, aber das versprochene Bauland steht weiterhin nicht zur Verfügung. Etwa 40% der Bevölkerung leben inzwischen in Wellblechhütten.

Es gibt noch weitere Beispiele für die große soziale und wirtschaftliche Kluft im Lande. Die Politiker/innen

erhielten zwar eine relativ moderate Erhöhung ihres Salärs von 6%, aber mehrere andere Begünstigungen wurden drastisch erhöht, zum Beispiel der Beitrag für die monatlichen Wasser- und Stromkosten. Auch profitieren Politiker/innen weiterhin von enormen Zuschüssen, wenn sie auf Reisen gehen. Namibias größte Tageszeitung, *The Namibian*, rechnete aus, daß z. B. der Präsident sein Einkommen durch

seine Reisen verdoppelt. So sorgte seine 23-tägige Reise in die USA im September und Oktober dieses Jahres für Gesprächsstoff. Hin-

Neues Parlament zu teuer

zu kamen weitere Pläne der Elite, die nur ihre Eigeninteressen fördern – wie der geplante Bau eines neuen Parlaments für über zwei Milliarden N\$. Angesichts der prekären Finanzlage Namibias wird dieses Projekt nun wahrscheinlich aufgeschoben.

Die soziale und wirtschaftliche Kluft spiegelt sich auch regelmäßig in Arbeitskämpfen wider, die vor allem im Privatsektor ausgetragen werden. Im öffentlichen Dienst waren die Auseinandersetzungen bisher viel weniger ausgeprägt. Dies änderte sich allerdings in den letzten paar Monaten. Die *Namibia Public Workers Unions (NAPWU)* und die *Namibia National Teachers Union (NANTU)* sind beide dem SWAPO-nahen Dachverband *National Union of Namibian Workers (NUNW)* angeschlossen und verhandeln seit den 90er Jahren mit der Regierung über Gehaltserhöhungen und andere Vorteile für Angestellte im öffentlichen Dienst. Diese Verhandlungen verliefen meistens ohne große Aufregung, und eine Einigung wurde bisher immer erzielt, auch wenn dabei die Reallöhne kaum oder gar nicht erhöht wurden. In manchen Jahren

Phosphat aus

Eher per Zufall erfuhren namibische Medien am 20. Oktober von einer wichtigen Entscheidung. Ein leitender Beamter des Umweltministeriums, Kommissar Teofilus Nghitila, hatte am 5. September den Antrag eines Konsortiums genehmigt, *offshore* – auf dem Meeresgrund, etwa 120 Kilometer südwestlich von Swakopmund – Phosphat zu fördern. Bekanntgegeben gemacht wurde diese Zustimmung nicht, und die gesetzlich vorgesehene Einspruchsfrist von einem Monat verstrich, weil die Öffentlichkeit nichts davon wußte.

Phosphat wird aus Mineralien gewonnen, Verwendung findet es vorwiegend bei der Düngemittelerzeugung. Saudi-Arabien ist im Augenblick Hauptproduzent, die Lagerstätten im nördlichen Afrika, in Florida, Rußland, China und dem pazifischen Raum sind begrenzt. Daher das Bedürfnis, Phosphat aus dem Meer zu gewinnen, wo es in Tiefen von weniger als tausend Metern vorkommt. Einige wenige Pilotprojekte, beispielsweise in Neuseeland, existieren schon, am weitesten fortgeschritten aber gilt die Planung in Namibia.

Was als weiterer Beitrag zur ökonomischen Entwicklung dieses Landes gelten könnte, hat allerdings einen Haken: Offshore-Abbau von Phosphat ist ein gefährlicher und potentiell schädlicher Prozeß, der für jedes Ökosystem ein Risiko darstellt. Abgesehen von den Schäden der Grabung selbst enthält Phosphatgestein nämlich eine Mischung verschiedener Schwermetalle und radioaktiver Elemente, welche das biologische Leben des Meeres und seiner Bewohner beeinträchtigen können: u. a. Kadmium, Blei, Arsen, Thorium oder Uran. Grund genug, daß namibische Umweltaktivist/inn/en, aber auch das Fischereiministerium, das Projekt seit Jahren bekämpfen. Denn Fischfang leistet ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur namibischen Volkswirtschaft.

Namibian Marine Phosphat, die hinter dem sog. *Sandpiper*-Projekt stehende Firma, befand sich ursprünglich im Mehrheitseigentum australischer Konzerne, wurde 2014 aber an ein Konsortium verkauft, das zu 85% im Besitz des omanischen Milliardärs Mohammed Al Barwani und zu 15% in dem des namibischen Geschäftsmanns Knowledge Katti steht. Dieser wiederum ist wegen seines Naheverhältnisses zu Präsident Hage Geingob bekannt. Nach dessen Sturz als Premierminister 2002 (INDABA 35/02) war er es, der die Arzt- und Flugrechnungen des in Ungnade gefallenen Politikers bezahlte. Geingob bedankte sich bei ihm nach seinem Sieg beim SWAPO-Parteitag 2012 (INDABA 76/12): durch gemeinsame PR-Auftritte, eine Handelsmission in den Oman und die großzügige Vergabe von öffentlichen Wirtschaftsaufträgen. Daß Katti auch die Reise des Staatspräsidenten zur Eröffnung der Fußball-WM in Brasilien 2014 bezahlt hätte, wurde allerdings dementiert;

der Tiefsee?

nicht er, sondern ein anderer mit Geingob befreundeter Geschäftsmann hätte diese Rechnung beglichen [!].

Schon 2012 stieß der Antrag des omanisch-namibischen Konsortiums auf Widerstand, aus umweltpolitischen Gründen und im Hinblick auf den namibischen Fischbestand. Staatsgründer Sam Nujoma selbst opponierte damals mit dem Argument dagegen, der Schutz der Umwelt sei in der Verfassung verankert. Ein Jahr darauf wurde der Offshore-Phosphatabbau bis 2015 verboten und zugleich eine Umweltstudie in Auftrag gegeben. Nach der Amtsübernahme Geingobs bewarb sich neben Namibian Marine Phosphat auch eine israelische Firma. Um einen Ausweg zu finden, richtete Geingob im Februar 2016 eine Arbeitsgruppe ein. Dieser gehörten Umweltminister Pohamba Shifeta, Bergbauminister Obeth Kandjoze, Planungsminister Tom Alweendo sowie (als einziger deklariertes Gegner des Projekts) Fischereiminister Bernhard Esau an; die positive Entscheidung vom 5. September, offensichtlich im Auftrag des Umweltministers getroffen, erfolgte jedoch ohne Befassung dieses Komitees und somit auch ohne Esaus Wissen. Namibian Marine Phosphat hätte eine Umweltstudie vorgelegt, die alle diesbezüglichen Bedenken zerstreut hätte.

Der Aufschrei der Öffentlichkeit war gewaltig – das Fischereiministerium, die meisten Medien, mehrere Redner bei einer Ende Oktober stattfindenden SWAPO-Konferenz (darunter wiederum Nujoma) sowie Nichtregierungsorganisationen kritisierten die Vorgangsweise des Ministeriums. Herbert Jauch, Vorsitzender des *Economic and Social Justice Trust*: „Wir können es nicht zulassen, daß individuelle Interessen, getrieben von kurzfristigen Profitabsichten, die Entwicklungsperspektiven unseres Landes untergraben. Privaten Gruppen darf es nicht gestattet werden, sich staatlicher Institutionen zu bemächtigen, um ihre selbstsüchtigen Eigeninteressen zu fördern.“ Ein Umweltaktivist, Michael Gaweseb, erhob auf Basis des *Environmental Management Act* formell Einspruch – ein gesetzlich vorgesehene Verfahren, das die Rechte von potentiell umweltgeschädigten Personen sichern soll.

Pohamba Shifeta, in seinem Image als Umweltminister ziemlich ramponiert, hob endlich am 2. November die Entscheidung des ihm unterstellten Kommissars auf und appellierte an alle interessierten Parteien, ihre Standpunkte innerhalb von drei Monaten zu übermitteln; im Anschluß soll eine Entscheidung erfolgen. Damit ist im Streit um den Tiefseeabbau von Phosphat eine Entspannung gegeben. Oder aber, wie Michael Gaweseb formulierte: „Der eigentliche Streit um das Phosphatprojekt beginnt jetzt.“



gab es sogar Reallohnverluste.

Diese Situation änderte sich 2016, als NAPWU die angebotene 5%-Gehaltserhöhung akzeptierte, NANTU aber auf einer Erhöhung von 8% bestand. NANTU wies auf die vielen Erhöhungen und Vorteile für Politiker hin sowie auf die landesweite Inflation von etwa 7%. Es kam dann zu einem Zusammenbruch der Verhandlungen, und die Regierung beharrte darauf, daß eine 5%-Erhöhung das Maximale sei, was gezahlt werden könnte. NANTU rief die Lehrer zu einer Streikabstimmung auf, bei der sich eine beeindruckende Mehrheit von 95% der abstimmenden Lehrer/innen für den Streik aussprach.

Der Konflikt spitzte sich in den vergangenen Monaten ständig zu. Trotz Einschüchterungsversuchen durch führende Politiker/innen hielt die Lehrgewerkschaft stand und erklärte die Lohnverhandlungen für gescheitert. Gemäß dem namibischen Arbeitsgesetz gingen dann beide Parteien in den Schlichtungsprozeß, der ebenfalls keine Einigung brachte.

Unter politischem Druck tat sich der *Labour Commissioner* aber schwer, das nötige Zertifikat auszustellen, das es der Gewerkschaft erlaubt hätte, innerhalb von 48 Stunden einen Streik auszurufen. So verzögerte sich der Prozeß um mehrere Wochen, und die Regierung versuchte mit allen Mitteln, den Streik zu verhindern.

Neben einer Kampagne in den Medien, die die Lehrer/innen als gutverdienend im Vergleich zu anderen SADC-Ländern darstellte, wurde der Patriotismus der Lehrer in Frage gestellt und wurden wiederholt die hohen Kosten eines Streiks für die Kinder beschworen. Dann widersetzte

Einschüchterungstaktik der Regierung

sich die Regierung einer Vereinbarung über Streikregeln, bis der Schlichter schließlich gezwungen war, seine eigenen Regeln zu verordnen. Eine Vorwarnzeit von sieben Arbeitstagen wurde dekretiert – weit mehr als die 48 Stunden, die im Arbeitsgesetz festgelegt sind.



Protestierende Lehrer/innen in Oshakati

Auch nach Bekanntgabe der Streikregeln versuchte die Regierung, den bevorstehenden Streik zu untergraben. Zum einen wurden Institutionen in Namibia und außerhalb – wie beispielsweise in Nigeria – ersucht, Freiwillige bereitzustellen, um die streikenden Lehrer zu ersetzen.

Dies widerspricht zwar direkt dem namibischen Arbeitsgesetz, aber das schien die Regierung nicht zu stören. Weiters wurde der sich anbahnende Streik noch mit großen Kosten vor das Arbeitsgericht gebracht, um einen Einspruch sowie die Aussetzung des Streiks zu erreichen. Das Gericht wies die Klage aber ab, und so kam es dann am 13. Oktober zum ersten nationalen Lehrerstreik seit der Unabhängigkeit. Durch die ständigen Verzögerungen fiel der Streik allerdings in die Prüfungszeit an den Schulen, was naturgemäß für große Besorgnis unter den Schülern und Eltern führte.

Das Gerichtsurteil und die landesweite Unterstützung des Streiks führten zu einem Strategiewandel auf Seiten der Regierung. Schon am ersten Streiktag wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, die Regierung zeigte größere Verhandlungsbereitschaft und Flexibilität. Nach nur zwei Tagen wurde Einigkeit erzielt. Die Regierungszeitung *New Era* berichtete, daß „normale“ Lehrer eine 10%ige Erhöhung erhielten, Rektoren und „heads of departments“ 5% und Angestellte in Managementpositionen 4%. Außerdem wurde für alle Angestellten im öffentlichen Dienst eine 9%ige Erhöhung für nächstes Jahr vereinbart. Die Gewerkschaft legte dieses Ergebnis allerdings ihren Mit-

gliedern nicht vor Unterzeichnung zur Zustimmung vor. Generalsekretär Basilius Haingura übte stattdessen scharfe Kritik an Bildungsministerin Kathrina Hanse-Himarwa und ihrem Verhalten während des Arbeitskampfs.

So kam es nach monatelangem Hin und Her und letztendlich nach nur zwei Tagen Streik zu einer Einigung. Das Erschreckende an den Ereignissen war, wie weit die Regierung bereit war, das hartumkämpfte Streikrecht der Arbeitnehmer zu unterwandern.

Der Plan, „Freiwillige“ für die streikenden Lehrer/innen einzustellen, war ein direkter Anschlag auf die Arbeiterrechte. Anstatt ein vorbildlicher Arbeitgeber zu sein, der offen mit den Gewerkschaften verhandelt, versuchte die Regierung einen sehr gefährlichen Präzedenzfall zu schaffen, der vom Privatsektor mit Sicherheit als Ermutigung gesehen worden wäre, das Streikrecht zu unterwandern.

Diese Entwicklung ist symptomatisch für weltweite Versuche, Arbeiterrechte wie das Streikrecht auszuhöhlen. Wie ein kürzlich veröffentlichter Bericht von Edlira Xhafa zeigt, wurden in fast allen der über 100 untersuchten Länder Versuche unternommen, durch Gesetzesänderungen und andere Praktiken das Streikrecht zu verletzen.

Es wäre wahrlich eine Ironie der Geschichte, wenn Namibias regierende Partei SWAPO, die aus der Arbeiterbewegung heraus entstanden ist, nun dazu beitragen würde, Arbeiterrechte zu zerstören. Bei aller berechtigten Sorge um die Auswirkungen eines Lehrerstreiks auf die Bildung der Kinder darf dies nicht als Vorwand benützt werden, das Streikrecht zu unterwandern. Interessenkonflikte müssen am Verhandlungstisch gelöst werden – ohne Versuche, die Arbeiterrechte einzuschränken.

Namibia stehen schwere Zeiten bevor, denn die Staatsverschuldung hat kritische Dimensionen erreicht, und die sozialen Ungleichheiten im Land sind nach wie vor groß. Auch das Armutsbekämpfungsprogramm macht wenig Fortschritte. Somit werden sich die sozialen Spannungen auch in den kommenden Jahren in Arbeitskämpfen widerspiegeln. Diese werden kurzfristig eher im Privatsektor stattfinden, denn im öffentlichen Dienst wird es bis 2018 keine weiteren Lohnverhandlungen geben.

Streikbrecher aus Nigeria gesucht

Herbert Jauch ist Arbeitsforscher und seit vielen Jahren an gewerkschaftlichen Arbeiterbildungsprogrammen beteiligt. Er leitet momentan das Bildungszentrum der namibischen Metallarbeitergewerkschaft MANWU und ist Vorsitzender des Economic and Social Justice Trust in Windhoek.

Wir brauchen Menschen, nicht Monster

Namibias Sozialminister in Österreich

„Eindrucksvoller Gast, charismatische Persönlichkeit“, meinte ein Teilnehmer an der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit dem namibischen Minister für Armutsbekämpfung und Sozialwesen, dem früheren evangelischen Bischof Zephania Kameeta (INDABA 87/15). Arbeits- und Sozialminister Alois Stöger hatte seinen Amtskollegen zu einem Arbeitsbesuch nach Österreich eingeladen, der vom 5. bis 8. Dezember stattfand. Neben den offiziellen Terminen im Ministerium standen Besuche beim Arbeitersamariterbund, bei WienWork – einer Schulungseinrichtung für junge Arbeitslose – und dem OPEC-Fund für Internationale Entwicklung auf dem Programm. Walter Sauer berichtet.

Namibias Regierung sei gefangen zwischen einem globalen Wirtschaftssystem, das Ungleichheit schaffe, einer kurzsichtigen Mittelklasse, die sich gegen Besteuerung wehre, und einer großen und anhaltenden Armut, die ein Potential dauernder Instabilität sein würde, wenn die Frage der Ungleichheit ignoriert wird, schrieb Roman Grynberg, Professor an der Universität von Namibia, im Februar in einem Zeitungskommentar. Das war auch die Ausgangslage, die Minister Kameeta bei seinem Vortrag im Sozialministerium in Wien kurz skizzierte. Hinzu kämen der Klimawandel, der Namibia zu einem der ausgetrocknetsten Länder Subsahara-Afrikas werden lasse, und das Nachwirken der Geschichte: Denn Armut in Namibia sei historisch durch Kolonialismus und Apartheid verursacht worden.

26 Jahre unabhängiger Regierungspolitik hätten zweifellos schon Spuren hinterlassen: 1990 habe die Armut in den ehemaligen Homelands bis zu

90% betragen, mittlerweile sei diese Rate aber wesentlich gesunken. Der freie Zugang zu den Primar- und Sekundarschulen, Verbesserungen im Gesundheitssystem (heuer graduierten die ersten in Namibia selbst ausgebildeten Ärzte) und die wirtschaftliche Förderung schwarzer Namibier/innen seien wichtige Faktoren. Schon die zur Unabhängigkeit beschlossene Verfassung habe das Ziel sozialer Gerechtigkeit für alle festgelegt, und dies in einem Land, das zuvor Gerechtigkeit nicht gekannt habe.

Aber: Dessen ungeachtet sei Armut immer noch eine schwere Belastung, insbesondere für Frauen und Kinder. Und: Einkommensungleichheit sei in Namibia im weltweiten Vergleich extrem hoch, mit einem GINI-Koeffizient von 0,58 (Österreich: 0,26 [1 wäre demnach extrem ungleich, 0 extrem gleich]). Vor diesem Hintergrund habe Präsident Geingob „der Armut den Krieg erklärt“ und die Ausrottung derselben zu einer Priorität seiner Amtszeit

gemacht, inklusive der Umverteilung von Reichtum.

an dieser Stelle wick Minister Kameeta von seinem vorbereiteten Manuskript ab: „Wir sagen immer, daß



Kameeta nach seinem Arbeitsgespräch mit Sozialminister Alois Stöger

wir den politischen Willen brauchen. Aber meiner Meinung nach brauchen wir auch Menschen mit Überzeugung, Menschen, die sich um andere sorgen. Nicht solche, die halt einen Posten bekommen haben, sondern

solche, die sich in ihrem ganzen Dasein verpflichtet fühlen, das Leben der Menschen zu verändern. Darum ging es ja beim Befreiungskampf – um soziale Gerechtigkeit, die Ausrottung der Armut, darum, unser Volk aus der Asche extremen Leidens zu befreien. Unser Befreiungskampf ist nicht vollendet, solange es Leute gibt, die unter Armut leiden, die ihre grundlegenden sozialen Bedürfnisse nicht stillen können. Und daher brauchen wir Leute mit Überzeugung. Es geht um die Sorge für andere Menschen, und wenn wir



Zu Besuch beim Arbeitersamariterbund (li. neben Kameeta: GF Reinhard Hundsmüller)

es so sehen, nicht nur in Namibia, sondern überall in der Welt, dann werden wir Armut ausrotten, und der Planet Erde wird anders ausschauen als heute, vielleicht wird er wieder das Paradies, als das er gedacht war, und es wird keine Flüchtlinge geben und keinen Krieg. Armut in einer Welt des Überflusses ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Tauschen wir die Steine in unserer Brust gegen lebende Herzen aus. Wir brauchen Menschen als politische Führer, nicht Monster.“

Beifall unterbrach hier mehrmals den Redner. Aber die große Frage blieb: Wie würde Namibia diese Ziele umsetzen können? Bis vor wenigen Jahren machte das von Kameeta und der sog.

Grundeinkommenskoalition gestartete Pilotprojekt eines bedingungslosen Grundeinkommens (*basic income grant/BIG*) im Dorf Otjivero Namibia weltweit bekannt. Hoffnungen allerdings, Minister Kameeta würde mit Hilfe von Präsident Geingob dieses Modell landesweit umsetzen können, haben sich mittlerweile zerschlagen (siehe Herbert Jauchs Beitrag in diesem Heft), und auch die von der Regierung vorgeschlagene Solidaritätssteuer ist bisher am Widerstand der Reichen und des Mittelstands (!) gescheitert.

Freilich: Heiner Naumann von der *Friedrich Ebert-Stiftung* machte unlängst in einem Beitrag zum deutschen Namibia-Magazin auf das eigentliche Ziel der Diskussion aufmerksam, indem er ein Wort des chinesischen Wirtschaftsreformer Deng Xiaoping zitierte: „*Es ist egal, ob die Katze weiß oder schwarz ist, Hauptsache sie fängt Mäuse*‘. ... Das Thema ist nicht primär BIG. Das Thema ist: *Wie können Ungleichheit und der hohe Sockel an absoluter Armut in Namibia überwunden werden?*“ Welche anderen Instrumente stünden der Regierung also zur Verfügung? Die von Geingob vorgeschlagene Nahrungsmittelhilfe (Food Bank, vgl. INDABA 91/16) kann allenfalls als Sofortmaßnahme gegen Unterernährung dienen, nicht aber zur anhaltenden Verringerung von Ungleichheit – abgesehen davon, daß sie bisher nur an einem einzigen Standort (in Katutura) umgesetzt wurde, nicht landesweit.

Der am 16. August vom Kabinett beschlossene „Blueprint“ des Ministeriums – das Aktionsprogramm, mit Armut zumindest reduziert werden soll – wurde bisher noch nicht veröffentlicht, sieht laut Kameeta jedoch eine Art Mittelweg vor. Im afrikanischen Vergleich verfügt Namibia ja bereits über ein

relativ ausgebautes Sozialsystem, in dem nicht-beitragsgebundene Leistungen eine große Rolle spielen, z. B. die jeder Person mit Aufenthaltsberechtigung ab 60 zustehende Alterspension (dzt. 1.000 Nam-\$). Darüber hinaus gibt es Beihilfen aus dem Budget („Grants“) u. a. für Kinder, Behinderte oder Veteranen, die ohne Prüfung der Bedarfsvoraussetzungen (also „bedingungslos“) ausbezahlt werden.

Ausgehend von dem Umstand, daß die amtliche Statistik die Anzahl der „extrem Armen“ mit 132.000 beziffert (ein Wert, der von Experten allerdings als weit zu niedrig eingeschätzt wird), denkt der Blueprint an die Schaffung eines neuen Grants, der gerade diese Zielgruppe, die offenbar von anderen Beihilfen nicht erfaßt wird, im Blickpunkt hat. Und dieser Grant sollte – wie im Pilotprojekt Otjivero – direkt über die namibische Post (mit einer Art Bankomatkarte abhebbar) und ohne zwischengeschaltete Bürokratie an die zuvor ermittelte Zielgruppe gelangen.

Kameeta hofft, daß sich die so kreierte Dynamik nicht nur positiv auf die Gruppe der am meisten Verarmten auswirken, sondern letztlich auch zu einer Ausweitung des Systems in Richtung Grundeinkommen führen wird. Ob seine Hoffnung berechtigt ist, wird sich zeigen. Die Vision einer armutsfreien Gesellschaft jedoch, die der 71jährige Befreiungskämpfer und Theologe kraftvoll und überzeugend im Wiener Regierungsgebäude vortrug, motivierte zum Engagement – wichtig in einer Gesellschaft, die selbst auf Armut, Ausgrenzung und Umverteilung noch keine letztgültigen Antworten gefunden hat. „*Er hat uns wieder Hoffnung gegeben*“, sagten mehrere Teilnehmer/innen im Anschluß.

...spektrum...

Hamutenya verstorben. In einem feierlichen Staatsakt am 15. Oktober 2016 wurde der langjährige namibische Spitzenpolitiker auf dem Heldenfriedhof in Windhoek zur letzten Ruhe geleitet.

Hidipo Livius Hamutenya wurde am 17. Juni 1939 in der heutigen Region Ohangwena (damals Ovamboland) geboren. Sein Vater Aaron zählte zur Gründungsgeneration der SWAPO. Nach Abschluß seiner Schulzeit, zuletzt am *Augustineum College* in Okahandja, schloß sich auch Hidipo der Befreiungsbewegung an und ging 1961 ins Exil. Ab 1964, noch als Student an verschiedenen US-Universitäten, fungierte er als einer der Repräsentanten der SWAPO in den Amerikas. 1971 graduierte er in Politikwissenschaften und Entwicklungsstudien an der *McGill University in Quebec*.



Kurz darauf wurde er von der SWAPO nach Afrika zurückberufen und erhielt die Aufgabe des Bildungssekretärs, in welcher Eigenschaft er auch am *UN Institute for Namibia* in Lusaka tätig war. Später wurde er zum Sekretär für Information und Öffentlichkeitsarbeit ernannt. 1978, während der Amtszeit von Kurt Waldheim als UN-Generalsekretär,

gehörte er dem Verhandlungsteam der SWAPO zur Ausarbeitung der Resolution 435 an, die den Weg zur Unabhängigkeit 1990 ebnete.

Nach der Unabhängigkeit wurde er von Präsident Sam Nujoma als Informationsminister in die Regierung berufen und war u. a. für die Errichtung der *Namibia Broadcasting Corporation* verantwortlich. Zwei Jahre später erhielt er das einflußreichere Handelsressort, das er v. a. dazu nützte, Investitionen multinationaler Konzerne an Land zu ziehen (*Anglo American* im Bergbau, *Ramatex* in Textil), während Klein- und Mittelbetriebe kaum gefördert wurden; etliche seiner Entscheidungen waren deshalb umstritten. 2002 wurde er Außenminister und legte einen Schwerpunkt auf Wirtschaftsdiplomatie. Ergalt damals als der logische Nachfolger für Präsident Nujoma. Vier Tage vor dem entscheidenden SWAPO-Parteitag 2004 wurde Hamutenya jedoch von Nujoma seines Amtes enthoben und unterlag bei der Kampfabstimmung dem von der alten Elite favorisierten Kandidaten Hifikepune Pohamba.

2007 spalteten sich Hamutenya und viele seiner Anhänger von der Regierungspartei ab und gründeten die *Rally for Democracy and Progress (RDP)*, die trotz zahlreicher Repressionen gegen ihre Anhänger bei den Parlamentswahlen 2009 einen Achtungserfolg erzielte und zur sog. Offiziellen Opposition gewählt wurde (die Wahlanfechtung der RDP wurde erst Jahre später vom Obersten Gerichtshof zurückgewiesen). Bei den nächstfolgenden Wahlen 2014 hatte der Schwung der Partei bereits merklich abgenommen, es gelang der RDP nur knapp, eine Position im Parlament zu halten. 2015 kehrte Hamutenya wieder in die SWAPO zurück – der er nun eine im Vergleich zu Nujomas Zeit „aufgeklärte Führung“ zuerkannte.

Hamutenya verstarb am 6. Oktober nach längerer Krankheit in Windhoek. Bei Verabschiedung und Begräbnis, beides live im Staatsfernsehen übertragen, nahmen mehrere Redner/innen durchaus kritisch zu seiner Behandlung durch die frühere SWAPO-Führung Stellung.

Handelspolitik. Nächste Runde im Streit um US-amerikanische Geflügelimporte nach Südafrika. Erst im Jänner hatten sich beide Seiten auf ein neues Handelsabkommen im Rahmen des *African Growth and Opportunity Act (AGOA)* geeinigt. Demzufolge dürfen südafrikanische Landwirtschafts- und Industrieprodukte zollfrei in die USA geliefert werden, während Südafrika den Import von 65.000 Tonnen US-amerikanischem Hühner- und Rindfleisch pro Jahr erlaubt (INDABA 89/16). Schon damals bestanden schwere Gesundheitsbedenken, weil Fleisch aus den USA häufig von Salmonellen und Geflügelpest betroffen ist. Laut Abkommen müssen Fleischimporte aus den Vereinigten Staaten zwar den dortigen Gesundheitsrichtlinien entsprechen, doch sind diese zum Teil niedriger als in Südafrika. So besteht z. B. die Befürchtung, daß das in Südafrika ausgerottete *Porcine Reproductive and Respiratory Syndrome (PRRS: Reproduktions- und Atemwegssyndrom bei Schweinen)*, das in den Vereinigten Staaten endemisch ist, wieder eingeschleppt werden könnte; tatsächlich wurden heuer bereits 500 kg PRRS-verseuchtes US-Schweinefleisch in Südafrika beschlagnahmt. Ähnliche Bedenken bestehen betr. Salmonellen bei Hühnerfleisch.

Die *South African Poultry Association (SAPO)* und die *South African Pork Producers Organisation (SAPPO)* haben nun gegen die Liberalisierung der südafrikanischen Gesundheits-

standards für US-Fleischimporte geklagt. SAPPO-Geschäftsführer Simon Streicher erklärte gegenüber Medien, beide Organisationen seien nicht davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten ausreichende Maßnahmen zum Schutz gegen PRRS ergriffen hätten.

Dagegen legte wiederum die zuständige US-amerikanische Exportvereinigung heftigen Protest ein, die bei einem Erfolg der südafrikanischen Klage das gesamte AGOA-Arrangement für Südafrika gefährdet sieht. Ähnliche Töne waren schon im Jänner von Präsident Barrack Obama zu hören gewesen. Generell sehen sich US-amerikanische Fleischexporteure in Südafrika gegenüber Exporteuren aus der EU benachteiligt; diese müssen sich allerdings weit strikteren Qualitätskontrollen unterziehen.

Mißbrauch von Nahrungsmittelhilfe in Zimbabwe. Mehr als tausend Beschwerden gegen ungerechte Verteilung von gespendeten Lebensmitteln durch die regierende ZANU PF-Partei meldete das *World Food Programme (WFP)* am 27. Oktober. Wie ein zuständiger Beamter des WFP, João Manje, erklärte, hatten sich seit April d. J. die Beschwerden auf einer eigens dazu eingerichteten Hotline gehäuft. Von lokalen Parteifunktionär/inn/en würden Personen, die nicht als ZANU PF-Mitglieder bekannt seien, bei der Registrierung bzw. der Verteilung der humanitären Hilfe benachteiligt. Fast zwei Drittel der Beschwerden wären von Frauen eingebracht worden. „*Wir als World Food Programme sind zur politischen Neutralität und zur geschlechtermäßigen Ausgewogenheit verpflichtet*“, so Manje. „*Daran hängen unsere Glaubwürdigkeit und unsere Transparenz.*“

Während des Wahlkampfes um den heiß umstrittenen Parlamentssitz von

Norton (INDABA 91/16) sprach sogar die Ministerin für den Öffentlichen Dienst, Arbeit und Soziales, Prisca Mupfumira, davon, daß jene Not leiden würden, die ZANU PF nicht wählten.

Zimbabwe leidet wie die anderen Staaten der Region unter den katastrophalen Folgen des El Niño-Phänomens – einer verbreiteten Dürre, die im ländlichen Bereich zu verbreitetem Hunger geführt hat. Zimbabwe ist auf Lebensmittelimporte aus dem Ausland und auf Hilfe internationaler Organisationen angewiesen, die über die staatlichen Strukturen verteilt wird, die jedoch eng mit den Kanälen der Regierungspartei verwoben sind. Klagen über die Benachteiligung von Anhänger/innen anderer Parteien gehen Jahre zurück, erhalten jedoch durch die 2018 anstehenden Wahlen eine neue Dynamik.

Rashweat Mukundu, Vorsitzender des *Zimbabwe Democracy Institute*, spricht von einer Politisierung praktisch jeden Aspekts des alltäglichen Lebens. „*Dies, obwohl die Regierung durch die Verfassung dazu verpflichtet ist, alle Bürger und Bürgerinnen gleich und fair zu behandeln. Nahrungsmittelhilfe darf nicht für parteipolitische Zwecke mißbraucht werden – das ist die scheußlichste aller politischen Strategien.*“ Ähnliche Kritik wurde auch von Seiten jener Staaten laut, die Nahrungsmittel für Zimbabwe an das WFP vergeben.

Zuma hält sich – noch. Bei der um einen Tag verlängerten Tagung des *National Executive Committee* des regierenden *African National Congress*, des höchsten Gremiums zwischen Parteikongressen, überstand Präsident Jacob Zuma die bisher größte politische Herausforderung im Streit um seinen Verbleib an oder Rücktritt von der Spitze des Staates. Das NEC

war von 26. bis 28. November im St. Georges Hotel in der Nähe von Pretoria zusammengetreten.

Wie ANC-Generalsekretär Gwede Mantashe tags darauf gegenüber der Presse erklärte, hätte es „*robuste, ehrliche, offene und zeitweise schwierige Diskussionen*“ gegeben, aufgrund derer das Gremium den Vorschlag abgelehnt hätte.

Den überraschenden Antrag, Zuma zum Rücktritt als Staatspräsident aufzufordern, hatte zu Beginn der Sitzung Tourismusminister Derek Hanekom (INDABA 83/14) eingebracht. Er fand dabei die Unterstützung des renommierten Gesundheitsministers Aaron Motsoaledi, des Ministers für öffentliche Arbeiten Thulas Nxesi, der Wissenschaftsministerin Naledi Pandor (INDABA 87/15), zweier stellvertretender Minister und des ANC-Klubobmanns im Parlament, Jackson Mthembu.

Mehrere Minister sollen im Verlauf der „robusten“ Diskussion mit ihrem Rücktritt gedroht haben, sollte Zuma in seiner Funktion bleiben; dies wurde vom ANC jedoch nicht bestätigt. Weil mehrere prominente Unterstützer Zumas zeitgleich an der Hochzeit des Bürgermeisters von Ekurhuleni in Kapstadt teilnahmen, dürfte Hanekoms Antrag anfänglich sogar Chancen auf Erfolg gehabt haben.

Die Verlängerung der Sitzung um einen Tag ermöglichte den Zuma-Loyalisten jedoch eine verspätete Teilnahme. Darüber hinaus dürfte sich ein großer Teil der Debatte um die Geschäftsordnung gedreht haben; letztendlich blieb das merkwürdige Argument erfolgreich, Abstimmen sei „nicht die übliche Praxis im NEC“.

Zumas bisher siebenjährige Amtszeit war von zahlreichen Korruptionsvorwürfen überschattet, die ohne Zweifel zur schlechten Performance des ANC bei den Lokalwahlen im August

(INDABA 91/16) und zum Kursverfall des Rand beigetragen haben. Erst Anfang November hatte ein Bericht des damaligen *Public Protector*, Frau Thuli Madonsela, intransparente Verbindungen zwischen Zuma, einigen seiner Angehörigen und verstaatlichten Firmen mit der indischen Investorenfamilie Gupta aufgezeigt und eine staatliche Untersuchung derselben in Auftrag gegeben (wogegen Zuma derzeit gerichtlich vorzugehen versucht). Im Februar d. J. hatte Südafrikas Oberster Richter, Mogoeng Mogoeng, festgestellt, Zuma habe durch die Verwendung von Steuergeld für private Zubauten zu seiner staatlichen Residenz Nkandla seinen Amtseid verletzt.

Statutengemäß würde Zumas Funktion als ANC-Präsident mit dem Parteitag im Dezember 2017 enden, seine zweite Amtszeit als Staatspräsident im Mai 2019. Während er sich am Tag nach Ende der Tagung des NEC auf dem Weg zum Castro-Staatsbegräbnis nach Cuba machte, kündigten



Jacob Zuma

die oppositionellen *Economic Freedom Fighters* jedoch ein neuerliches Mißtrauensvotum im Parlament an – das diesmal allerdings auch von Teilen des ANC unterstützt werden könnte.

Mandela-Kinderspital in Johannesburg eröffnet. Schon während seiner Amtszeit als Staatspräsident hatte Nelson Mandela die Idee geäußert, in Johannesburg ein neues

Kinderspital zu errichten. Nun ist sie zur Realität geworden – am 2. Dezember fand im Stadtteil Parktown die feierliche Eröffnung statt.

Das Spital wird vom *Nelson Mandela Children's Fund* getragen und



Johan Botha (f) und Pretty Yende beim Wiener Benefizkonzert

wurde durch Spenden internationaler Institutionen wie der *Bill Gates Foundation*, der *Kellogg Foundation* oder von *Islamic Relief Worldwide* finanziert; zusätzliche Beiträge leisteten Millionen von Südafrikanerinnen und Südafrikaner durch Spenden über SMS sowie zahlreiche Fundraising-Events in aller Welt, darunter auch ein Benefizkonzert im Wiener Konzerthaus am 20. April 2015.

„Das Kinderspital war ein Traum, und daß es jetzt verwirklicht wurde, grenzt an ein Wunder“, sagte die Geschäftsführerin des Mandela Children's Funds, Sibongile Mkhabela. „Es war schwierig, auch nach Mandelas Tod an dem Projekt festzuhalten, aber viele Menschen teilten seine Vision. Man kann Mandela als Staatsmann in Erinnerung behalten, man kann Statuen zu seinen Ehren bauen, aber im Kern war er einer, der Kinder liebte.“

Das ausschließlich für Kinder und Jugendliche bestimmte Spital ist Teil der medizinischen Fakultät der *University of Witwatersrand* und

wird sich nicht nur auf Krebsbekämpfung, sondern auch auf Nieren- und Lungenbehandlungen sowie Herz- und Gehirnochirurgie spezialisieren. Neben den pädiatrischen Kliniken in Kapstadt, Nairobi und Kairo ist es das modernste Kinderspital des afrikanischen Kontinents. Durch spezielle Videokonferenzeinrichtungen wird es zum Beispiel möglich sein, Spezialist/innen aus ganz Afrika zu bestimmten Operationen oder zu Diskussion zuzuschalten. 150 Ärzte/innen und 450 Pfleger/innen werden die jungen Patient/inn/en betreuen.

Livingstone-Museum in Sangwali. Vor 165 Jahren traf der mittlerweile berühmte schottische Missionar und Kolonialenthusiast David Livingstone in Sangwali ein, einem kleinen Dorf in der im Nordosten Namibias gelegenen Zambezi Region (früher Caprivi). Er traf dort 1851 mit Chief Sebitwane zusammen, der mit seinen Anhängern – den sog. Makololo – von Südafrika aus in den Norden geflüchtet war und dort das Königreich der Lozi (INDABA 49/06) sowie die entlang des Linyanti lebende Bevölkerung, die Mayeyi, unterworfen hatte. Dieses Ereignis zog für die „Entdeckungsgeschichte“ Afrikas ungeahnte Folgen nach sich: Sebitwanes zweiter Nachfolger, Sekeletu, war es nämlich, der Livingstone den Weg zu Mosio-a-tuna zeigte, den größten Wasserfällen Afrikas; der Missionar benannte sie zu Ehren seiner Königin Victoria Falls. Als Gegenleistung war Livingstone den Makololo dabei behilflich, eine Verkehrsverbindung nach Westen ins portugiesische Luanda zu finden – der erste Teil seiner spektakulären West-Ost-Durchquerung Afrikas.

1999 wurde in Sangwali, ca. 130 Kilometer westlich von Katima Mulilo gelegen, mit britischer Finanzierung ein

kleines Museum gegründet, eigenhändig errichtet und betreut vom Lehrer und Lokalhistoriker der Mayeyi, Linus Mukwata. Reproduktionen alter Karten und Briefe sowie Porträts und Fotos dokumentieren die Reisen Livingstones und seine Beziehung zu den Makololo.

Durch Initiative der *Namibia Wissenschaftlichen Gesellschaft* in Windhoek wurde das Museum nun mit Unterstützung der Europäischen Union renoviert und erweitert; in einer zweiten Etappe ist die Anlegung eines



Honorable Nakambela von der Mayeyi Traditional Authority (li.) mit Linus Limbo Mukwata

Heritage Trails geplant, der zu historischen Stätten der Umgebung führen soll, so zu einem großen Baobab-Baum, in dessen Rinde Livingstone eine Inschrift eingravierte. In etwa 15 km Entfernung von Sangwali liegt weiters Malengalenga, die ehemalige Residenz Sekeletus, wo sich noch Überreste seines Grabes befinden.

Das neugestaltete Museum wurde am 13. Oktober von der Leiterin der EU-Delegation in Namibia, Jana Hybaskova, in Anwesenheit von Vertretern der *Mayeyi Traditional Authority* und von über hundert Gästen eröffnet. Mayeyi-Vizekönig Lisias Mufalali würdigte das Museum als Beitrag zur Entwicklung der gesamten Region. Dem entsprach, daß im Anschluß auch Computer an die Secondary School in Sangwali übergeben wurden.

Erzbischof Tutu für Sterbehilfe.

Er wolle nicht um jeden Preis am Leben gehalten werden, schrieb Desmond Tutu in einem Artikel für die *Washington Post* (7. Oktober) an seinem 85. Geburtstag. Der Friedens-

Außenminister Kurz in Südafrika

Außenminister Sebastian Kurz unternahm gemeinsam mit WKÖ-Präsident Christoph Leitl von 23. bis 27. Oktober eine Wirtschaftsreise nach Südafrika und Kenya. Begleitet wurden sie dabei von einer hochrangigen Delegation von 23 österreichischen Unternehmen.

„Unsere Reise hat in erster Linie dazu gedient, Türöffner für die österreichische Wirtschaft zu sein und wichtige Investoren vor Ort zu treffen. Einige Länder Afrikas bieten mit ihrem dynamischen Wirtschaftswachstum große Chancen für unsere Wirtschaft“, so Kurz.

Auf dem Programm standen Treffen mit österreichischen Investoren, darunter auch ein Besuch der *Austrian Welding Academy* in Südafrika. Dieses Trainingszentrum, das im Rahmen einer Wirtschaftspartnerschaft der *Austrian Development Agency* mit *Böhler-Uddeholm Africa* betrieben wird, bietet den Teilnehmer/inne/n hochgradige Ausbildungen im Bereich Schweißtechnik und erweitert somit deren Perspektiven im Berufsleben (INDABA 77/13). Kurz besuchte auch das vom Bildungsministerium unterstützte *Ithuba Community College* in Südafrika (INDABA 90/16). Weitere Programmpunkte der Reise waren die Eröffnung großer Wirtschaftsforen in Südafrika und Kenya, wo die in den 90er Jahren geschlossene Außenhandelsstelle wiedereröffnet wurde, sowie Gespräche mit politischen Verantwortungsträgern in der Region.

„Afrika steht vorenormen Herausforderungen, was Armut, Bevölkerungswachstum und Konflikte betrifft. Bis 2050 wird sich die Bevölkerung auf über 2 Milliarden Menschen verdoppeln. Dies wird zu einem massiv steigenden Migrationsdruck in Richtung EU führen. Zudem gibt es immer noch viele Konflikte in Afrika, die es gemeinsam mit unseren afrikanischen Partnern zu befrieden gilt“, so Kurz.

Seitens des Außenministeriums wurde die Wichtigkeit der Schaffung von wirtschaftlichen Perspektiven und die Leistung von Hilfe vor Ort betont. Gleichzeitig leidet die heimische Entwicklungszusammenarbeit allerdings an einer nachhaltigen Finanzierungsschwäche, und mit Ausnahme von Moçambique werden im Südlichen Afrika kaum mehr EZA-Projekte durchgeführt. Die freundlichen Gesprächspartner in Pretoria und Nairobi werden die Erklärungen von Kurz und Leitl daher wohl als das eingestuft haben, was sie waren – Sonntagsreden.



Mit Außenministerin Maite Nkona-Mashabane

nobelpreisträger hatte sich bereits in der Vergangenheit für das Recht auf Sterbehilfe ausgesprochen, aber bisher offengelassen, ob ein assistierter Tod für ihn selbst infrage kommt. „Nun, da das Ende meines Lebens näher ist als der Beginn, wünsche ich mir, daß Menschen in Würde sterben können“, schrieb Tutu. Sterbende soll-

ten das Recht haben, zu entscheiden, wann und auf welche Weise sie gehen wollen. Diese Wahlmöglichkeit sollte einen assistierten Tod beinhalten. „Ich hoffe, daß es mir erlaubt sein wird, die nächste Phase meines Lebens auf eine Art und Weise zu beginnen, die ich selbst gewählt habe.“

Soweto: 1976, 2016

Vom 16. bis zum 25. November befand sich auf Einladung von SADOCC die Gründerin des Jugendzentrums IKAGENG in Soweto, Carol Dyantyi, in Österreich. Die Einrichtung wird seit einigen Jahren von uns unterstützt. Carols Besuch war beeindruckend und erfolgreich, berichtet Walter Sauer.

Es wurde völlig still im Saal, als Carol Dyantyi – damals eine sechzehnjährige Schülerin – von ihren Erlebnissen 1976 erzählte: von der geheimen Versammlung einige Tage vor dem 16. Juni, bei der unerwartet Winnie Mandela aus ihrem Verbannungsort aufgetaucht war und sie Freiheitslieder singen lehrte; von den ersten Schüssen der Polizisten, die die Demonstration trafen; warum sie ihre Pläne vor den Eltern geheimhalten mußten; und daß die ganze Schule verhaftet wurde und sie alle einzelnen verhört und an Elektroschocker angeschlossen wurden mit den Worten: „Groet die Baas!“ („Grüß den Herrn“).

Und es wurde still im Saal, als sie von der Situation der Kinder in den Wellblechsiedlungen Sowetos heute erzählte: von verwaisten Familien, wo ältere Kinder ihre Geschwister betreuen; von Alkohol- und Drogenproblemen; wie Mütter ihre Töchter auf den Strich schicken und Buben von den Wanderarbeitern mißbraucht werden; von Hunger und Elend, und was ihr Jugendzentrum IKAGENG in einem bestimmten Rayon Sowetos dagegen tun kann. Und dies, obwohl Südafrika über eine musterhafte Verfassung und international renommierte Kinderschutzgesetze verfügt (*Child Care Act* von 2005) und die Regierung heuer fast 60 Mrd. Rand an Kinderbeihilfen (v. a. *Child Support Grant*) ausgibt und dadurch – nach einer kürzlich veröffentlichten Studie

der Universität Kapstadt – die soziale Lage von fast zwölf Millionen Kindern nachweislich verbessert.

Die soziale Motivation für die studentischen Proteste, welche seit Monaten Südafrikas Universitäten



Carol Dyantyi (Foto: Diva Shukoor)

erschüttern, kann Carol Dyantyi daher gut verstehen: „Jede Zeit hat ihre eigenen Kämpfe.“ Nicht verstehen kann sie aber, daß dabei Bücher, Bibliotheken oder Schulen verbrannt werden. „Wir haben für das Recht auf Bildung gekämpft, und es tut mir weh zu sehen, wie manche heute die Einrichtungen, die das Recht auf Bildung ermöglichen, zerstören.“ #feesmustfall sei eine heterogene Bewegung, und nicht alle, die sich daran beteiligten, handelten in gutem Glauben.

In ihren Vorträgen in Wien und Linz, Auftritten in Schulen und in Gesprächen mit Institutionen, Medien und Hilfsorganisationen hat Carol Dyantyi immer wieder darum geworben, Südafrika in seiner derzeitigen Krise nicht im Stich zu lassen. Ihr Aufenthalt in Österreich im November wurde von der Wiener SADOCC-Aktivist/inn/engruppe organisiert.

Ein Thema, das uns schon im letzten Jahr beschäftigte, stand auch heuer wieder auf der Tagesordnung: Daß immer wieder Kinder von den Schulen abgewiesen werden, weil sie über keine oder nicht korrekte Schuluniformen verfügen. Das widerspricht zwar der Rechtslage, wird aber so gehandhabt. SADOCC unterstützt Carol daher beim Ankauf von Schuluniformen. Zumindest im humanitären Bereich war ihre Reise erfolgreich: Aus den Einnahmen des Benefizdiners „Curry Splash“ und aufgrund einer großzügigen Spende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) können jetzt Schuluniformen für etwa 100 Kinder und Jugendliche angekauft werden – in etwa der gesamte Bedarf ihres Rayons für das Schuljahr 2017.

Und daß Südafrika auch politisch wieder stärker in den Vordergrund rückt, bleibt zu hoffen. Die gemeinsame Reise von Außenminister Sebastian Kurz und WKÖ-Präsident Christoph Leitl nach Südafrika sollte eigentlich ein erster Schritt sein.

Gefährlicher Rückschlag?

Landrechtsexpertin Aninka Claassens (Universität Kapstadt) über die Traditional and Khoi-San Leadership Bill, die derzeit im südafrikanischen Parlament diskutiert wird. Stehen die alten Homelands wieder auf?

Die Gesetzesvorlage soll den *Traditional Leadership and Governance Act* von 2003 ersetzen, der das sog. kommunale Land (de facto die früheren Homelands) mit traditionellen Gerichten ausstattete und dadurch den dort lebenden Menschen – ungefähr 18 Mio. Menschen – „Stammes“-Identitäten aus der Apartheid-Zeit aufoktroierte. Weitere Gesetzesentwürfe wurden in den Folgejahren vom Verfassungsgerichtshof abgelehnt; sie hatten darauf abgezielt, ein separiertes System von Eigentumsrechten sowie ein separiertes Rechtssystem zu etablieren – Grundbesitz in den früheren Homelands nur für Chiefs und Stammesgerichte. Jetzt gibt es also einen neuen Anlauf.

Was würde das für die Betroffenen bedeuten? Daß Leute, deren Vorfahren etwa in Matiwane's Kop in KwaZulu-Natal Land kauften, nun erklärt bekommen, daß es sich um „Stammesland“ handle und nur der Chief über seine Bewirtschaftung entscheiden dürfe. Daß Chief Lunga Baleni von Xolobeni an der Wild Coast zugleich Direktor der örtlichen Bergbaufirma sein kann wie auch alleiniger politischer Repräsentant der Angehörigen seiner Gemeinde, die Widerstand gegen das Bergwerk leisten; schon im März d. J., als Umweltaktivist Sikhosipi Bazooka Rhadebe in Xolobeni einem Attentat zum Opfer fiel, hielt sich die Polizei heraus. Oder daß traditionelle Autoritäten behördliche Verbote von Versammlungen verhängen könnten

mit dem Argument, daß nur sie selbst zur Einberufung von Versammlungen berechtigt sind.

Das vorliegende Gesetz beseitigt das Recht der Menschen, ihre eigene Identität zu definieren und sich einem politischen Vertreter ihrer Wahl zu verbinden. Das ist besonders problematisch in unseren nördlichen Landesteilen, wo die Konsolidierung der Bantustans und die gewaltsamen Umsiedlungen zwischen den 1960er und den 1980er Jahren die Landkarte gewaltsam neu gezogen haben. Die erwähnten Rahmengesetze fixieren das geographische Ergebnis dieser gewalttätigen Geschichte und bestätigen die offizielle Anerkennung von Chiefs, die während der Apartheidära ernannt wurden.

Erst unlängst bestätigte der *Public Protector*, daß vom Konto der traditionellen Autorität der Bapo ba Mogale 600 Mio. Rand fehlen. Mindestens 80 Mio. davon wurden demzufolge für den Palast von Kgosi Bob Mogale verwendet.

Und in Rustenburg, wo die Maluleke Commission Vorwürfe untersucht, Kgosi Nyalala Pilame sei nicht der rechtmäßig Herrscher der Bakgatla, stellte sich heraus, daß Einkünfte aus dem Bergbau massenhaft mißbräuchlich verwendet oder gestohlen worden sind. Diese Beispiele sind nur die Spitze eines Eisbergs. Im Zentrum dieser Konflikte liegt die Frage, ob traditionelle Autoritäten die Vollmacht

haben sollten, einseitig Schürfrechte zu verhandeln und Menschen von ihrem Land vertreiben, während sie die Details des Deals geheim halten und die Profite daraus einstreifen. Derzeit schreibt das Gesetz vor, daß – ausgenommen bei Enteignung – Einzelpersonen und Familien ohne ihre Zustimmung ihrer informellen Landrechte nicht beraubt werden dürfen; das gilt auch für das Gewohnheitsrecht in den früheren Homelands. Das neue Gesetz würde dies allerdings ändern. Absatz 24 bevollmächtigt das traditionelle Ratsgremium, Partnerschaftsvereinbarungen mit anderen Personen, Gremien oder Institutionen abzuschließen ohne Zustimmung – ja selbst ohne Konsultation mit – der Bevölkerung, deren Landrechte und somit Lebensgrundlagen Gegenstand solcher Vereinbarungen sind!

Dabei sind traditionelle Autoritäten nicht die primären Schuldigen. Politiker profitieren von undurchsichtigen Bergbau- und Tourismusdeals in den früheren Homelands. Die Gesetzesvorlage ist ein Versuch, dieselben Formen der Segregation und autokratischen Kontrolle wiederherzustellen, die Apartheid charakterisiert haben. Diese Maskerade funktionierte freilich nicht, als 1951 der berüchtigte Bantu Authorities Act verabschiedet wurde, und sie wird auch heute nicht funktionieren. Denn heute haben wir eine Verfassung.

Im Einklang mit Frauenrechten?

Traditionelles Landrecht in Südafrika

Traditionelles Landrecht ist noch immer tiefverankert in den ehemaligen Homelands in Südafrika. In Eastern Cape – genauer in Cala – konnte sich Edith Mychalewicz mit Unterstützung der NGO CALUSA ein näheres Bild machen, wie traditionelles Landrecht dort gelebt wird und welche Rolle Frauen bei der Weiterentwicklung von traditionellen Rechtssystemen spielen.

Der Begriff traditionelles Landrecht ist an sich etwas irreführend, denn gemeinhin bezieht er sich auf dessen Ursprung. Das bedeutet jedoch nicht, daß es sich um ein statisches System handelt, das auf einem bestimmten



Verständnis von Traditionen beruht. Vielmehr ist es ein System, das sich in einem ständigen Wandel befindet und somit auch sehr anpassungsfähig ist, auch an äußere Umstände. Der Nachteil seiner Anpassungsfähigkeit wurde in Kolonial- und Apartheidszeiten deutlich. Traditionelles Recht wurde von der Kolonialmacht in einem patriarchalen Sinn interpretiert, und es wurde

durch Verschriftlichung versucht, es in ein statisches Konzept umzuwandeln. Chiefs und Headmen (*traditional leaders*) waren von nun an einerseits ihrer Gemeinschaft und deren Bedürfnissen gegenüber verantwortlich, aber andererseits wurden sie auch als Machtinstrument der Kolonialherrscher und der Apartheidsregierung benutzt.

Diese doppelte Verantwortung spielt auch heute noch eine Rolle. So sind Chiefs und Headmen einerseits Staatsbedienstete, andererseits sehen traditionelles und geschriebenes Recht eine direkte, demokratische Wahl der Headmen vor. Mir wurde allerdings berichtet, daß diese oft nicht demokratisch gewählt werden, sondern lediglich durch die Ernennung eines Chiefs in ihr Amt kommen. NGOs wie CALUSA unterstützen Gemeinschaften bei der Durchsetzung ihres Rechts, ihren Headman selbst zu wählen. Zur Zeit meiner Recherche war gerade ein Verfahren gegen die Ernennung eines Headman anhängig. Sowohl der betroffene Headman als auch der betroffene Chief standen mir leider nicht für ein Interview zur Verfügung. Auch andere traditionelle Repräsentanten lehnten ein Interview ab, weil sie meinten: „Zuerst müssen wir Ordnung in unser Haus bringen.“ Ein Mitarbeiter von CALUSA erklärte

diese Haltung mit dem schwierigen Verhältnis zur Gemeinde (Sakhisizwe Local Municipality), die *traditional leaders* anerkennen muß und zu der ein finanzielles und politisches Abhängigkeitsverhältnis besteht. Er meinte auch, daß die ablehnende Reaktion darin liegen könnte, daß Landrechte ein politisch sehr heikles Thema sind.

Der von mir interviewte 82-jährige Headman wurde von dem NGO-Mitarbeiter als fortschrittlich eingeschätzt, und dementsprechend war er auch bereit, meine Fragen zu beantworten. Er ist dafür verantwortlich, in seiner Gemeinschaft Land nach den Prinzipien des in seiner Gemeinschaft gelebten traditionellen Rechts zu vergeben. Er erklärte, im Zentrum seiner Entscheidung stehe, Land entsprechend dem Lebensmittelbedarf und entsprechend der Fähigkeit, es zu bewirtschaften, zu vergeben. Er strahlte sehr viel Ruhe aus, und ich bin überzeugt davon, daß ihm das Wohl seiner Gemeinde sehr am Herzen liegt. Er betonte, keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen zu machen. Er meinte, auch alleinerziehende Mütter hätten ein Recht auf Land, wenn sie in der Lage wären, es zu bewirtschaften. Traditionelles

Recht müsse eben den Bedürfnissen der Menschen und Gemeinschaften entsprechen. Diesem Prinzip folgend wurde auch der von mir interviewten Kleinbäuerin Land zugesprochen, als sie nach dem Tod ihres Mannes in ihren Geburtsort in Cala zurückkehrte. Sie meinte, sie hätte sich an den für sie zuständigen Headman mit dem



Wunsch nach Land gewandt und hätte dann auch rasch eines zugewiesen bekommen. Auch wenn sie ihr Leben nicht als luxuriös bezeichnen würde, ist sie doch glücklich über ihr kleines Stück Land, das sie nun bewirtschaften kann. Ein von mir interviewter Kleinbauer in Cala bestätigte, daß alleinerziehende und verwitwete Frauen Land bekämen, daß jedoch oft Männer, die Land für sich und ihre Familien beantragen, dieses schneller zugewiesen bekämen als Frauen. Früher hätten überhaupt nur verheiratete Männer Land bekommen können, erzählt er, ebenso wie andere Kleinbauern und Kleinbäuerinnen aus dem Eastern Cape.

daß traditionelles Landrecht viele Chancen, aber auch Schwierigkeiten für Frauen, Land für sich zu beanspruchen, in sich birgt, wurde sowohl von Ruth Hall, einer Professorin des *Institutes PLAAS* der *University*

of Western Cape, als auch von dem NGO-Experten Fani Ncapayi betont. Beide sind beunruhigt von dem hohen politischen Einfluß der *traditional leaders*, die oft ein patriarchales und undemokratisches Verständnis von traditionellem Recht haben. Nichtsdestotrotz – so betonte vor allem Ruth Hall – ist für eine große Zahl an Haushalten, die von alleinerziehenden Müttern geführt werden, Land, das ohne monetäre Gegenleistung zur Verfügung gestellt wird, eine essentielle Lebensgrundlage.

Im Zentrum der traditionellen afrikanischen Rechtssysteme steht das gesellschaftliche Gefüge. Es ist die Verantwortung der Gemeinschaft, füreinander zu sorgen. Auf diesem Grundgedanken aufbauend ist es nun wegen des demografischen Wandels in Südafrika möglich, als alleinerziehende oder verwitwete Frau Land von traditionellen Repräsentanten zugewiesen zu bekommen. Mehr als 40% aller Haushalte in Südafrika werden von Frauen geführt, und die meisten von ihnen leben auf dem Land. Auch Frauenkooperativen können Land beantragen, berichtet Fani Ncapayi. Durch die Präsenz und Unterstützung von NGOs wie CALUSA gelingt einerseits die Durchsetzung des Rechtes auf Land von Frauen, aber andererseits auch die Einhaltung von demokratischen Prinzipien bei der Wahl der Chiefs und Headmen.

Letztlich kam ich zu dem Schluß, daß traditionelles Recht in den früheren Homelands in Südafrika nicht nur weiterhin besteht, sondern sich auch stetig weiterentwickelt. Der Einfluß von Frauen darauf, wie es sich entwickelt, darf nicht unterschätzt werden, muß aber gleichzeitig von NGOs und staatlichen Einrichtungen unterstützt werden. Die südafrikanische Verfassung und

Internat. Landfrauentag

Auch in Südafrika wurde am 15. Oktober der *International Day of Rural Women* gefeiert. Einer Anregung der Frauenkonferenz von Beijing 1995 folgend wurde dieser Tag 2007 von der UNO-Generalversammlung zu Ehren der Frauen in ländlichen Gebieten und ihres Einsatzes für die Entwicklung proklamiert. „*Landfrauen spielen eine entscheidende Rolle in den agrarischen Ökonomien der Entwicklungs- wie auch der Industrieländer. In den meisten Regionen der Entwicklungsländer sind sie in der landwirtschaftlichen Produktion tätig, stellen Nahrungsmittel, Wasser und Energie für ihre Familien bereit und sind auch in nicht-bäuerlichen Bereichen tätig, um die Lebensgrundlage ihrer Familien zu diversifizieren. Sie erfüllen vitale Funktionen in der Sorge für die Kinder, ältere Personen und Kranke.*“

In einer Erklärung zum Internationalen Landfrauentag 2016 unterstrich die ehemalige stv. Präsidentin Südafrikas und nunmehrige Exekutivdirektorin der UN-Frauenabteilung, Phumzile Mlambo-Ngcuka, die Rolle von Bäuerinnen in der sozialen Transformation des ländlichen Raums.

die höchstgerichtliche Rechtsprechung sind wichtige Verbündete für Frauen, um traditionelles Landrecht im Einklang mit der Verfassung weiterzuentwickeln und für sich auch zu nutzen, um ihr Recht auf Nahrung und Entwicklung geltend zu machen.

Edith Mychalewicz hat beim Trust for Community Outreach and Education/TCO – einer NGO, die sich mit Landrechten befaßt – gearbeitet. Sie ist derzeit im entwicklungspolitischen Bereich in Österreich tätig.

Mikrokredite für das Südliche Afrika?

Nicht nur durch regelmäßige Berichterstattung in verschiedenen Printmedien oder eine kürzlich erfolgte Werbeplakataktion sind Mikrokredite der allgemeinen Öffentlichkeit schon einmal ins Auge gesprungen. Peter Prinesdom hat sich bei Friedhelm Boschert von Oikocredit Austria näher darüber informiert.

Was sind Mikrokredite genau? Kurz gesagt geht es darum, daß herkömmliche Banken in ärmeren Regionen der Welt keine Kredite in geringer Höhe an die ansässige Bevölkerung vergeben. Meist sind weder ausreichende Sicherheiten vorhanden, noch wäre die Kredithöhe ausreichend genug. Hier springen nun Mikrofinanzinstitute (kurz MFI) ein, die genau diesen Bedarf an kurzfristig verfügbaren niedrigen Beträgen als Geschäftsfeld erschlossen haben.

Doch woher beziehen diese MFI's ihr Kapital? Hier kommen global operierende Organisationen wie *Oikocredit* ins Spiel, die die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen. Diese Organisationen wiederum beziehen ihr Kapital zu einem geringen Teil aus Spenden. Primär ist das Modell darauf angelegt, daß Privatpersonen kleine Beträge zu Verfügung stellen und eventuell den Betrag auch mit Zinsen retourniert bekommen. Die Idee ist also, Geld nicht einfach zu verschenken, sondern zu borgen.

friedhelm Boschert, Vorstandsvorsitzender der Oikocredit Austria, hat uns bei einem Gespräch die Strukturen und Vorgänge näher erläutert. Die Zentrale der Oikocredit mit etwa 150 Mitarbeiter/inne/n hat ihren Sitz in den Niederlanden. Hier kommen

noch 150 Mitarbeiter/innen weltweit hinzu sowie eine große Anzahl von Ehrenamtlichen. Es gibt regelmäßige Konferenzen zur Abstimmung der weiteren Expansion in Gebiete, in denen noch keine MFIs ansässig sind oder noch keine Möglichkeiten dazu hatten.

Der Grundgedanke der Oikocredit ist, Mittel aus dem globalen Norden in den globalen Süden zu bringen. „*Investing in people*“ kann als Leitspruch angesehen werden, geht es doch um eine Vorortförderung, die der ganzen ansässigen Community zugute kommen soll. Ebenso ist es die erklärte Absicht, Kinder vom Feld in die Schule zu bringen, um dadurch die Gesellschaft positiv zu fördern. Ziel sind also nicht punktuelle, isolierende Maßnahmen, sondern Nachhaltigkeit. Oikocredit hat auch ganz klar Existenzgründungskredite im Fokus.

Wenn nun ein MFI die Oikocredit kontaktiert, werden die Verhältnisse direkt vor Ort überprüft. Es gibt einen zweistufigen Prozeß, in dem als erster Schritt ein zweitägiges Audit durchgeführt wird, in dem alle Kriterien aus dem strengen Katalog der Oikocredit geprüft werden. So nun die Geldvergabe dadurch möglich wird, gibt es auch weiterhin laufend Kontrollen, um Mißbrauch zu vermeiden. Zusätzliche Informationen und Anhaltspunkte gibt es auch immer wieder durch Dritte wie

etwa kritische Journalist/inne/en. Diese werden dankenswert angenommen und als Chance zur Verbesserung gesehen.

Sollte es also nun beispielsweise zu einem Mißbrauch oder Verstoß des MFI kommen, werden die Zahlungen entsprechend eingestellt. Dieses besonders strenge Vorgehen dient auch der Absicherung der Anleger, also jenen Privatpersonen, die sich finanziell bei Oikocredit beteiligen. Der Einsteigebeitrag liegt bei 200 Euro, die Rendite liegt seit 1975, dem Gründungsjahr der Oikocredit, konstant bei 2%. Erreicht wird dies durch einen Absicherungsfond und der Risikostreuung. Im Gegensatz zu anderen Mikokreditunternehmen investiert man nicht in einzelne Projekte, sondern überläßt die Handhabe der Oikocredit. Hierdurch ergibt sich auch das Zinsgefüge: Der Zinssatz hängt vom lokalen Zinsniveau ab und ist ähnlich hoch/niedrig wie bei anderen Banken. Dies mag zwar viel klingen, liegt aber noch immer unter den gängigen Zinssätzen der kommerziellen



Friedhelm Boschert

Banken. Dann kommt hinzu, daß ein MFI Personalkosten von etwa 15% hat, weitaus mehr als in einer herkömmlichen Bank. Den Kreditnehmern ist, wie Dr. Boschert schon oft persönlich erzählt wurde, vor allem wichtig, schnell einen geringen Betrag überhaupt zur Verfügung zu haben, die Zinsen selbst sind unproblematisch.

Der Vorteil von Oikocredit, die Risikostreuung für den Einleger, ist in gewisser Weise allerdings auch ein potentieller Nachteil: als Privatanleger weiß man nie, wohin genau der eingezahlte Betrag kommt oder welches Projekt damit unterstützt wird, eine Präferenz ist auch nicht möglich. Andererseits sind die Ausfälle von Krediten auch unter 1%, was sich zusätzlich trotz fehlender Einlagensicherung positiv für den Einzelnen auswirkt.

Von besonderem Interesse für INDABA ist natürlich, inwiefern sich Oikocredit im Südlichen Afrika engagiert. Hier ist die Situation diese, daß aus der historischen Entwicklung heraus immer Lateinamerika den größten Teil der Mikrokredite bei Oikocredit stellte, Afrika im Ganzen lag bis 2013 unter 10%. Dies soll sich nun verstärkt ändern, im Moment liegt man schon bei 19%, das Ziel sind 20%, und zusätzlich soll es einen Ausbau respektive Fußfassung der Strukturen im Südlichen Afrika geben, wo Oikocredit noch stark unterrepräsentiert ist. Angedacht ist derzeit aus diesem Grund laut Dr. Boschert, auch Crowdfunding für MFIs zu ermöglichen. Dadurch gäbe es eine persönlichere Komponente für potentielle Einleger und eine erhöhte Transparenz, was mit dem Geld geschieht.

Fehlende Möglichkeiten im Südlichen Afrika scheinen allerdings ein generelles Phänomen bei Mikrokrediten

Oikocredit Philosophie

Die ökumenische Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit entstand aus dem Ökumenischen Rat der Kirchen heraus. Unser Ziel ist eine gerechte, partizipatorische und zukunftsfähige Gesellschaft – weltweit. Wir verfolgen dieses Ziel im Sinne des genossenschaftlichen Gedankens, bei dem Eigeninitiative und Teilhabe der Menschen im Zentrum stehen.

Unsere Werte

Menschen. Alle Menschen sind gleich geboren – unabhängig von ihrer Religion, ihrer Kultur, ihrem Alter oder ihrem Geschlecht. Sind Menschen benachteiligt, setzt sich Oikocredit für sie ein und gibt ihnen Kredit.

Teilen. Eine ungleiche Verteilung von Ressourcen, Wohlstand und Macht führt zu einer Welt voller Konflikte. Oikocredit ist ein Instrument, um sinnvoll und gerecht zu teilen.

Ökumenischer Geist. Überall auf der Welt sind gläubige Menschen gewillt, zu teilen. Oikocredit ist Teil dieses weltweiten Solidaritätsbündnisses.

Basisorientierung. Entwicklung ist am wirkungsvollsten von unten. Bei Oikocredit stehen die Initiative und Beteiligung der Menschen im Mittelpunkt allen Handelns.

Glaubwürdigkeit. Respekt, Transparenz und Ehrlichkeit sind die Grundlage einer uneingeschränkten Glaubwürdigkeit. Oikocredit will stets glaubwürdig sein und hat auch deshalb seinen leitenden Mitarbeitern einen Verhaltenskodex auferlegt.

Schöpfung. Ein gesundes Ökosystem ist die Basis des Lebens. Oikocredit ist der Überzeugung, daß ein Gleichgewicht in der Natur nur in einer Welt erreicht werden kann, in der Ressourcen und Macht gleichmäßig verteilt sind.

zu sein: bei einem weiteren Mikrokreditunternehmen, Kiva, ist das Südliche Afrika ebenfalls sehr schwach vertreten. Kiva vertritt ein anderes Modell als die Oikocredit, man kann bereits mit 25 US-\$ einsteigen und sucht sich selbst ein Projekt aus, in das man investieren möchte. Allerdings trägt man da auch das volle finanzielle Risiko, Ausfälle oder Währungsverluste werden nicht kompensiert. Man kann sich jedoch bei jedem Projekt darüber informieren, wie die Rückzahlungs- und Ausfallraten des konkreten MFIs vor Ort sind und seine Entscheidung dahingehend treffen.

Egal für welches Institut man sich nun selbst entscheidet, wenn man finanzielle Unterstützungen in Form von Krediten vergeben möchte, sind

Organisationen wie die Oikocredit eine gute Möglichkeit. Diese bieten durch ihre Strukturen und Erfahrungen auch die Sicherheit, daß das Geld in die richtigen Hände kommt. Ebenso mag es weniger gönnerhaft wirken, wenn Geld verliehen und nicht einfach verschenkt wird, es ist eine echte Hilfe zur Selbsthilfe mit Auflagen, wodurch der Kreditnehmer durch die Verpflichtung durchaus auch einen Mehrwert hat. Zusätzlich hilft der Ansatz der Oikocredit einer ganzen Gemeinschaft, dauerhaft ihre Möglichkeiten zu verbessern. Es werden eben nicht nur einzelne Personen, sondern deren ganzes Umfeld unterstützt.

Weitere Infos:

www.oikocredit.at; www.kiva.org.

Donald Trump und Afrika



Von Adalbert Krims

Als Barack Obama am 4. November 2008 zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt wurde, herrschte in Afrika Euphorie. Als erster „Schwarzer“, dessen Vater aus Kenya stammt, wurde er mächtigster Politiker der Welt. Das war wohl auch der Grund, warum ihn die südafrikanische Regierung einlud, beim offiziellen Gottesdienst für den verstorbenen Ex-Präsidenten Nelson Mandela im Nationalstadion von Johannesburg am 10. Dezember 2013 eine der Hauptreden zu halten. Als erster US-Präsident sprach Obama im Juli 2015 bei einer Vollversammlung der *Afrikanischen Union*. Aber abgesehen von diesen symbolischen Akten: In der realen Politik hat Obama die afrikanischen Erwartungen weitgehend enttäuscht, ja bezüglich Entwicklungsprogrammen blieb er sogar hinter seinen Vorgängern zurück. Immerhin rief er die „Power Africa“-Initiative ins Leben, die bis zum Jahr 2020 fünfzig Millionen Menschen im subsaharischen Afrika Zugang zu Elektrizität verschaffen soll (das ist eine Verdoppelung der Stromanschlüsse). Dafür sagte Obama sieben Milliarden Dollar innerhalb von fünf Jahren zu.

Donald Trump hatte das Projekt „Power Africa“ bereits 2013 abgelehnt. Damals twitterte er: „*Jeder Penny der sieben Milliarden, die Obama nach Afrika schickt, wird gestohlen werden – es grassiert die Korruption.*“ Allerdings gibt es bisher noch nicht einmal Konturen für die künftige Afrikapolitik

des neuen US-Präsidenten. In seiner einzigen außenpolitischen Grundsatzrede im Wahlkampf (das war Ende April 2016) kam Afrika überhaupt nicht vor. Aber der Wahlkampf war insgesamt eine Mobilisierung des „weißen Amerika“, gespickt mit abfälligen Aussagen vor allem über Mexikaner und Muslime. Daß Trump den Rassismus nicht erst im Wahlkampf als mögliche Mobilisierungsstrategie entdeckt hat, zeigen frühere Aussagen, die er in „sozialen Netzwerken“ hinterlassen hat: „*Faulheit ist ein Merkmal der Schwarzen*“; „*Südafrika ist ein von Verbrechen heimgesuchtes Durcheinander, das nur darauf wartet zu explodieren*“ (2013) – und 2015 wiederholte er: „*Wie ich es schon lange gesagt habe, ist Südafrika ein totales – und sehr gefährliches – Durcheinander.*“

Es ist kein Wunder, daß die südafrikanischen Neonazis von der *Afrikaner Widerstandsbewegung (AWB)* den Wahlsieg Trumps bejubelt und ihm für seine „*Unterstützung der weißen Nation in Südafrika*“ gedankt haben. Umgekehrt erhofft sich die AWB, „*daß Trump einiges tun wird, um uns davor zu retten, nach fast 400 Jahren in unserem Land einfach ausgelöscht zu werden*“. Zwar ist kaum zu erwarten, daß Trump die Unterstützung der weißen Minderheit in Südafrika zu einer Priorität seiner nicht vorhandenen Afrikapolitik machen wird, aber immerhin ist seine Wahl jedenfalls eine „moralische“ Unterstützung der weißen

Rassisten in Südafrika und überall auf der Welt.

Was Afrika aber durchaus direkt betreffen könnte, sind die Ankündigungen Trumps, die Entwicklungshilfe zu kürzen, illegale Einwanderer auszuweisen, bestehende Freihandelsabkommen zu kündigen (oder zum Vorteil der USA zu verändern) sowie aus der internationalen Klimaschutzpolitik auszusteigen. Was die weltweite öffentliche Entwicklungszusammenarbeit betrifft, so macht sie für den gesamten afrikanischen Kontinent jährlich rund 60 Mrd US-\$ aus. Die USA sind dabei der größte Einzelgeber mit knapp 10 Mrd. Größter Einzelposten ist Soziales im allgemeinen und Gesundheit im besonderen. Kürzungen von Seiten der USA würden sich also direkt auf die Bevölkerung auswirken. Was die illegale Einwanderung in die USA betrifft, so geht es hier hauptsächlich um Mexikaner und andere Lateinamerikaner. In den letzten Jahrzehnten hat aber auch die (teils illegale) Immigration aus Afrika (z. T. über Mexiko) zugenommen. Jedenfalls sind die Geldüberweisungen von Auswanderern für zahlreiche afrikanische Staaten inzwischen zu wichtigen Devisenbringern geworden. Trump hatte im Wahlkampf angekündigt, er werde alle Afrikaner nach Hause schicken. Sollte er das auch nur teilweise wahr machen, würde das mehrere Staaten

⇒ Fortsetzung auf Seite 28

(das bis 2004 arme Länder vor Billigimporten schützte) überschwemmten schließlich billige asiatische Waren vollends den Markt. Einheimische Produkte und Geschäfte wurden dadurch zunehmend verdrängt. Tausende verloren ihren Arbeitsplatz.

2004 war auch das Jahr, in dem das seit 2000 bestehende Freihandelsabkommen mit den USA geändert wurde. Der *African Growth and Opportunity Act (AGOA)*, der vom US-Kongreß zum „Zwecke der Förderung der afrikanischen Wirtschaft und der besseren Beziehung zwischen Afrika und den USA“ beschlossen worden war, sieht vor, daß nach dem Prinzip von *Trade not Aid* („Handel statt Hilfe“) Waren aus bestimmten afrikanischen Ländern – wie Lesotho – zollfrei in die USA importiert werden dürfen. Im Jahr 2004 wurden nun unter Präsident Bush die AGOA-Regeln gelockert: Rohstoffe für Textilprodukte (Baumwolle, Kunstfasern...) dürfen seitdem in nicht-afrikanischen Drittländern (in der Praxis vor allem in China und Indien) gekauft werden, die in Lesotho fertig gestellten Produkte (hauptsächlich Jeans) dennoch zollfrei in die USA eingeführt werden. Der Einfuhrzoll für Fertigprodukte, die in die USA gebracht werden, könnte ansonsten bis zu 32% betragen. Aufgrund dieser Steuerbefreiung entstanden um Maseru ca. 25 Kleiderfabriken, die allesamt Asiaten gehören. Die Textilfabriken in Maputsoe gehören mehrheitlich südafrikanischen Unternehmern, die für den südafrikanischen Markt produzieren. „Trade not Aid“ wurde somit seinem Namen in einem anderen Sinne mehr als gerecht – Handel unter diesen Bedingungen bedeutet keine Hilfe.



Sportkleidung für Amerika: Sozialdumping für die Volkswirtschaft Lesothos

Das kleine Lesotho wurde schnell zum größten Textilexporteur südlich der Sahara. Jährlich werden etwa 26

Millionen Kleidungsstücke hergestellt, die Exporterlöse von \$ 480 Mio. einbringen. Mittlerweile sind rund 50% der formell Beschäftigten Lesothos in der Bekleidungsindustrie tätig. 80% davon sind Frauen, und die meisten von ihnen erhalten ihre Familien als Alleinverdienerinnen. 2005 waren es 46.000 Textilarbeiter/innen, 2009 knapp über 40.000 in 36 Unternehmen, mittlerweile sind es rund 35.000 Beschäftigte. Lesotho wurde somit wirtschaftlich von den USA und dem AGOA-Abkommen abhängig.

aGOA ist derzeit in 39 afrikanischen Ländern (inkl. Südafrika) in Kraft, die als „lesser developed“ gelten und im Gegenzug für die Steuerfreiheit bestimmte Bedingungen erfüllen müssen: die Einhaltung internationaler Standards im Arbeitsrecht, die Wahrung der Menschenrechte und Verbesserungen in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit bzw. politische Stabilität. Die AGOA-Länder werden jährlich von den USA geprüft – im Textilsektor insbesondere auf Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen. Das Abkommen wurde für Lesotho seit dem Jahr 2000 immer wieder verlängert, erst im letzten Jahr wurde im US-Kongreß eine weitere Verlängerung bis 2025 beschlossen. Ein Ende des Vertrags würde den Verlust von mehr als 30.000 Arbeitsplätzen bedeuten und wäre eine Katastrophe für das kleine Land. Auch Südafrika sorgt sich um die Stabilität des Nachbarlandes, denn die südafrikanische Provinz Gauteng mit 10 Mio. Einwohner/inne/n ist von der Wasserzufuhr aus Lesotho abhängig. Außerdem wären xenophobe Ausschreitungen zu befürchten, wenn tausende Arbeitsuchende aus Lesotho in die Republik kämen.

Laut Joshua Setipa, Lesothos Handels- und Industrie-minister, ist es allerdings bereits absehbar, daß AGOA 2025 nicht mehr verlängert wird. Bis dahin muß Lesotho unabhängiger werden und andere Märkte als den US-amerikanischen erschließen sowie eine breitere Produktpalette anbieten. Eine Möglichkeit wäre, den Tourismus auszubauen. Lesotho besitzt eine wunderschöne Gebirgslandschaft und sogar eines der wenigen Skigebiete in Afrika (INDABA 56/07). Das Beste für das Königreich wäre freilich, wenn es die vollen Besitzrechte für seine Bodenschätze wie Diamanten selbst halten könnte. Leider fehlt dem kleinen Land das Geld für größere Investitionen wie die Erschließung eigener Minen.

bis vor wenigen Jahren kam es in den Textilfabriken Lesothos zu massiven Menschenrechts- und Arbeitsrechtsverletzungen. Die chinesischen Manager beuteten ihre Angestellten ohne Rücksicht aus. Hungerlöhne und Arbeitszeiten von 11-12 Stunden bei gesundheitsgefähr-

denden Arbeitsbedingungen wegen der giftigen Dämpfe der Färbe- und Bleichmittel waren die Regel. Die Fabriken wurden im eiskalten südafrikanischen Winter nicht geheizt, im heißen Sommer nicht gekühlt. Bezahlten Krankenstand, Mutterschutz oder bezahlte Pausen gab es schlichtweg nicht. Verbale und körperliche Gewalt standen an der Tagesordnung.



Bis zu zwölfstündige Arbeitszeit

Immer wieder kam es auch zu Ausschreitungen gegen die in der Bevölkerung unbeliebten Asiaten, denen die Untergrabung der lesothischen Wirtschaft sowie Ausbeutung und Diskriminierung in den Unternehmen vorgeworfen wurde. Als 1991 eine junge schwarze Frau in einem Shopping Center, das Chinesen und Indern aus Südafrika gehört, vom asiatischem Wachpersonal des Diebstahls bezichtigt und in der Folge tot geprügelt wurde, war dies der Auslöser für die ersten großen Unruhen. Asiatische Geschäfte in Maseru wurden zerstört und geplündert, 19 Tote und unzählige Verletzte waren die Folge. Arbeiter/innen in den Textilfabriken organisierten Streiks, einige asiatische Fabrikanten verließen daraufhin sogar das Land. 1998 und 2007 kam es abermals zu größeren Zwischenfällen.

In den Jahren um 2000 wurden auch im Westen die Mißstände bekannt. Immer wieder gab es Proteste gegen die Hungerlöhne und Sweatshop-Methoden, insbesondere gegen die Firma GAP. Der Konzern ließ in der Folge Kontrollen und einige Verbesserungen durchführen, aber andere Firmen wie Wal-Mart bestritten die Verantwortung für ihre Sub-Unternehmen schlichtweg. 2009 gingen schließlich Bilder um die Welt, die große Aufmerksamkeit erregten. Medien wie Skynews, CBS, die Sunday Times oder Business Insider brachten Schlagzeilen wie „GAP and Levi Strauss are poisoning African children“ oder „Levi-GAP Factories

Pollute Rivers and Damage Health in Lesotho“. In den Berichten waren der durch die Jeansfarbe blau gefärbte und vergiftete Caledon (Mahokare) River zu sehen und kleine Kinder, die auf den Müllhalden der Fabriken zwischen dem giftigem Müll und Metallteilen nach Verwertbarem wie Stoffresten suchten.

GAP und Levi Strauss mußten nun reagieren, der öffentliche Druck war zu groß. Ihre Sprecher gelobten im Fernsehen nachhaltige Verbesserungen, um den Imageschaden wieder gut zu machen. Die betroffene Zulieferfirma Nien Hsing mußte eine Filteranlage für die Abwässer einbauen. Schon in den 1990ern hatten GAP und Levi Strauss einen „Code of Conduct“ eingeführt, einen Verhaltenskodex, an den sich die Zulieferfirmen hätten halten sollen. Er enthält neben den Kernarbeitsnormen genaue Regelungen für den Umgang mit den Angestellten. Allerdings mußten die Konzerne nun zugeben, daß die Einhaltung dieser Regeln nicht bei allen Betrieben kontrolliert worden war. Eine unabhängige Kontrolle war offensichtlich auch in Hinblick auf die AGOA-Vorgaben vonnöten. Erfüllten Unternehmen die Auflagen nicht, bekamen sie ab nun von ihren amerikanischen Kunden keine Aufträge mehr.



Aktionstag für Arbeitnehmerschutz in der Ever Unison-Fabrik in Maputsoe

So wurde die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) involviert, die ab Mai 2010 in Kooperation mit der Internationalen Finanz-Corporation der Weltbank und mit finanzieller Hilfe des US-amerikanischen Arbeitsministeriums das Projekt Better Work Lesotho ins Leben rief. An dem Projekt, das in enger Zusammenarbeit mit den lokalen und internationalen Gewerkschaften durchgeführt wurde, nahmen 15 Betriebe (von insgesamt 39) teil. Die Ziele von Better Work waren einerseits, das Leben der Arbeiter/innen und ihrer Familien durch bessere Rechte

und Arbeitsbedingungen zu verbessern, und andererseits Lesotho als Produktionsstandort mit fairen Arbeitsbedingungen zu positionieren und so die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu fördern. Um dies zu erreichen, mußte die Einhaltung der Internationalen Kernarbeitsnormen und der nationalen Arbeitsgesetze gewährleistet werden. Die Überprüfung der Arbeitsnormen wurde jährlich durch die Gewerkschaften mittels Einzelbefragungen der Arbeiter/innen in ihrer Landessprache Sesotho durchgeführt. Der detaillierte Fragebogen enthielt insgesamt 250 Fragen zu den internationalen Arbeitsnormen (Kinderarbeit, Diskriminierung, Zwangsarbeit, Möglichkeit, Gewerkschaften zu bilden) und den speziellen Arbeitsbedingungen (Arbeitsvertrag, den Lohn- und Kompensationszahlungen, Sicherheits- und Gesundheitsmaßnahmen und Arbeitszeiten). Die Ergebnisse zeigten, daß die Kernarbeitsnormen im Großen und Ganzen (abgesehen von Diskriminierungen) eingehalten wurden, doch bei den Schutzmaßnahmen, der Arbeitszeit, den Verträgen und (Kompensations-)Zahlungen bis heute dringender Handlungsbedarf besteht.

Das Team von Better Work bezog die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeitnehmer/innen, Vertreter der Unternehmensführung sowie der Regierung mit ein, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und nachhaltige Verbesserungen zu schaffen. Regelmäßig wurden Besprechungen der Manager und Repräsentant/innen der Arbeiter/innen/schaft organisiert, in denen Maßnahmen beschlossen und beurteilt wurden. In manchen Punkten konnten schnell gute Erfolge erzielt werden. Besonders im Bereich Sicherheit und Gesundheit wurden durch Sicherheitstrainings und einfache Schutzmaßnahmen (z.B. Feuerlöscher, Atemschutzmasken, Erste-Hilfe-Kästen und freie Fluchtwege) wichtige Schritte gesetzt.

Besondere Herausforderungen bestehen nach wie vor bei der Anhebung der extrem niedrigen Löhne und bei Kompensationszahlungen. Wie die Gewerkschaften kritisieren, ist der von der Regierung festgesetzte Mindestlohn zu niedrig, um davon menschenwürdig leben zu können. Der Mindestlohn für Textilarbeiter/innen (derzeit 1.071 Maloti = 70 Euro) ist zudem der niedrigste aller Mindestlöhne, die jährlich für die einzelnen Berufsgruppen festgesetzt werden. 36% der Frauen leben unter der Armutsgrenze – und das, obwohl viele von ihnen einen formellen Job haben. Die Vertretung der Textilarbeiter/innen bestand bis vor kurzem aus vielen kleinen Gewerkschaftsgruppen, die sich erst letztes Jahr mit Unterstützung der international aktiven Gewerkschaft *IndustriAll* (Genf) und der schwedischen *IF Metall* zusammenschlossen. Nun treten sie vereint

als *Independent Democratic Union of Lesotho (IDUL)* in Verhandlungen mit der Regierung und den Unternehmen.

Ein besonders wichtiges Thema für die Gewerkschaften ist die rücksichtslose Behandlung von Schwangeren. Viele berichten, daß Schwangere einfach gekündigt werden oder härter als sonst arbeiten müßten, damit sie von alleine kündigen würden. Sexuelle Belästigung durch Vorgesetzte oder Securities, die die Frauen z.B. beim Verlassen der Fabriken durchsuchen, ist ebenso ein großes Problem für die Arbeiterinnen.



Mutter, Tochter und Enkelin in Lesotho: Besserer Mutterschutz ist eine der wichtigsten Forderungen der Gewerkschaft

Ein ganz besonderer Erfolg von Better Work war jedenfalls die Ausweitung des Mutterschutzes seit Ende 2013 von zwei auf sechs Wochen für Arbeiterinnen, die bereits mehr als 1 Jahr in einer Firma angestellt sind. Aktuell kämpfen die Gewerkschaften um eine Anhebung auf zwölf Wochen – so wie sie in anderen Branchen im Land bereits üblich ist. Einige Firmen umgehen die gesetzlichen Regelungen, indem sie Arbeiter/innen vor Erreichung bestimmter Fristen (sechs bzw. zwölf Monate) entlassen und kurz danach wieder neu anstellen, damit sie nie ein Anrecht auf einen höheren als den Mindestlohn, bezahlten Krankenstand bzw. längeren Mutterschutz bekommen. Ab einer Anstellung von mindestens sechs durchgehenden Monaten im Betrieb besteht Anspruch auf zwölf Tage bezahlten Krankenstand, bei einer Anstellung ab zwölf Monaten sind es zusätzlich 24 Tage bei halbem Gehalt. Einige Arbeiterinnen berichteten von Kolleginnen, die länger als zwölf Tage krank waren und schließlich verhungerten.

UNO für Atomwaffenverbot

Gemeinsam mit anderen Staaten – darunter auch Österreich – hat Südafrika vor einigen Jahren eine Initiative für ein völkerrechtliches Verbot nuklearer Waffen gestartet. Im Dezember 2014 fand in Wien eine wichtige Konferenz dazu statt (INDABA 83/14). Mit der Forderung der UN-Generalversammlung nach Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot ist nun eine weitere Hürde genommen. Manfred Sauer berichtet.

Zuvor hatte die UN-Generalversammlung eine sogenannte *Open Ended Working Group* eingesetzt, die dringende Fragen im Zusammenhang mit einem Unfall oder einem Einsatz von Nuklearwaffen sowie juristische und völkerrechtliche Möglichkeiten für ein Atomwaffenverbot erörtern sollte. Die Arbeitsgruppe tagte 2016 in mehreren Sessions in Genf. Im Endbericht empfahl die Mehrheit der Teilnehmerstaaten die Aufnahme von Verhandlungen über einen konkreten Verbotsvertrag im Jahr 2017.

Ende September 2016 brachten Österreich, Irland, Mexiko, Brasilien, Südafrika und Nigeria fristgerecht eine entsprechende Resolution bei den Vereinten Nationen ein. Demnach sollen die Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot 2017 beginnen, wobei in zwei Sitzungsperioden zu je 20 Tagen ein Vertragstext formuliert werden soll, um den jahrelangen Stillstand im Bemühen, die einzige noch nicht verbotene Massenvernichtungswaffe zu bannen, zu beenden. Die Resolution mit dem Titel *Convention on the prohibition of the use of nuclear weapons* wurde im ersten Komitee der UN-Generalversammlung mit großer Mehrheit gebilligt: 128 Staaten stimmten dafür, allerdings 50 dagegen (darunter die USA, Rußland, Frankreich, Großbritannien und die BRD), 16 enthielten sich (darunter die Nuklearmächte

China, Pakistan und Indien sowie erstmals auch ein NATO-Mitgliedsstaat, die Niederlande). In seiner Rede in New York bekräftigte auch der österreichische Außenminister Sebastian Kurz diese Forderung. Ende Oktober beschloß weiters das EU-Parlament mit großer Mehrheit, die Einberufung der nuklearen Abrüstungskonferenz zu unterstützen.

Mit der endgültigen Beschlußfassung durch das Plenum der Generalversammlung, welche für Anfang Dezember erwartet wird, wird in einem jahrelangen Prozeß internationaler Abrüstungs-Mobilisierung ein weiterer wichtiger Schritt gelingen. Dieser Prozeß hatte mit der seinerzeitigen südafrikanischen Initiative über „humanitäre Folgen eines Unfalls oder Einsatzes von Nuklearwaffen“ begonnen und mit der Wiener Konferenz im Dezember 2014 und dem von Österreich eingebrachten „Humanitarian Pledge“ seine Fortsetzung gefunden.

freilich: Noch ist ein steiniger Weg zu erwarten. Einige EU-Staaten, die NATO-Mitglieder sowie andere Atomwaffenstaaten versuchten schon bisher, die Initiative zu verhindern. Bei weiteren Staatenkonferenzen, bei denen für das Atomwaffenverbot geworben werden soll, wird es

mühsam werden, diese Verweigerer zu überzeugen. Hier wird die Unterstützung durch NGOs, nationale Parlamente und die Bevölkerungen nötig sein. Auch die Entscheidung vieler Kernwaffenstaaten, ihre Arsenale zu modernisieren, stellt ein Hindernis für zügige Fortschritte dar.

Weltweit engagieren sich zahlreiche Organisationen für eine Verbotskonvention von Atomwaffen. In

Österreich sind dies ICAN (*International Campaign to Abolish Nuclear Weapons*), IPPNW-Austria (*Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs*), der *Internationale Versöhnungsbund – österreichischer Zweig* und das *Österreichische Rote Kreuz*. Stellvertretend dazu die Direktorin von ICAN-Austria, Mag.^a Nadja Schmidt: „*Österreich spielt damit – wie schon beim Verbot anderer Waffengattungen (z.B. beim Verbot von Antipersonenminen und Streumunition, Anm. d. A.) – wieder eine internationale herausragende Rolle. Die humanitäre Initiative für die Abschaffung von Nuklearwaffen wurde maßgeblich von der Zivilgesellschaft mit-initiiert und vorangetrieben. Wir sind überzeugt, das wir gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft ein Verbot der Nuklearwaffen realisieren werden.*“

Tierpfleger mit Großkaliber

Zur Filmkritik im letzten Heft (INDABA 91/16) erreichte uns ein kritischer Leserbrief von Franz Fiedler, Honorarkonsul der Republik Namibia für Oberösterreich und Tirol.

Mit Interesse lese ich immer die neueste Publikation, die im Regelfall gut recherchiert ist und tiefere Einblicke auf das Geschehen im südlichen Afrika gibt als die sonstigen Medien.

Zum Kommentar von Herrn Dr. Loidl möchte ich einige Bemerkungen anbringen: Der Film selbst stellt aus meiner Sicht ungeschönt und weder negativ noch positiv interpretiert die Vorgänge einer üblichen Farmjagd in Namibia dar. Die diversen Stilelemente, die Herr Seidl verarbeitet, sollen seiner Filmkunst gestundet sein, auch seine bisherigen Filme zeigen nicht immer die schönsten Seiten des Lebens. Die provokanten Darstellungen von schwarzen Arbeitern vor den fertigen Jagdtrophäen kann ich auch nur der Filmkunst geschuldet dulden, ansonsten wären diese als unwürdig und rassistisch einzustufen. Die Kommentare des deutschsprachigen Jagdfarmers sind für mich auch nicht überraschend, und ich empfehle jedem Kritiker einige Tage in Namibias Weite, der sauberen Umgebung und unter dem unendlichen Sternenhimmel zuzubringen, und er wird auch philosophische Anwendungen bekommen.

Eine Jagdfarm in Namibia muß mindestens 5.000 Hektar umfassen, in Österreich muß ein Jagdgebiet im Regelfall 115 Hektar groß sein. In Österreich versucht man die Interessen des Fremdenverkehrs, der Landwirtschaft, des Forstes und der sonstigen Naturnutzer ebenso wie in Namibia in Einklang zu bringen. Auch dazu bedarf es der Jagd. Nun wieder mit dem Blick des Europäers die Sachlage im Südlichen Afrika zu beurteilen, gehört in die Mottenkiste des vor-vorigen Jahrhunderts.

Die Jagd in Namibia wird von der Regierung anerkannt und gefördert. Namibia hat dafür, daß es sich für die nachhaltige Nutzung der Naturressourcen einsetzt, mehrfach die Anerkennung internationaler Naturschutzorganisationen erhalten. Durch diese nachhaltige Nutzung hält man auch die Wilderei unter Kontrolle. Die Länder, in denen die Trophäenjagd nicht erlaubt ist (z. B. Kenya), haben außerhalb der streng geschützten und beschützten Nationalparks so gut wie keine Wildtiere mehr. Die Jagd und der Waffenbesitz unterliegen in Namibia annähernd gleichen Regelungen wie

in Österreich. Bei Mißachtung drohen sehr strenge Strafen. Die Situation ist in Südafrika ähnlich. Die Trophäen werden im Regelfall nach Europa importiert und benötigen dazu jeweils die notwendigen Ausfuhr- wie Importgenehmigungen. Dabei sind noch zusätzliche veterinärärztliche Erfordernisse zu erfüllen. Ja und das Fleisch...ich kann nur empfehlen, diese Delikatesse zu probieren – kein Vergleich zu dem bei uns im wesentlichen angebotenen Fleisch aus Massentiervernichtungsanlagen. Leider ist es in Europa dank der protektionistischen Importhindernisse der Fleisch- und Supermarktlobby nicht erhältlich. Übrigens hat ein Farmarbeiter (wie mehrfach im Film dargestellt) neben Unterkunft, Bekleidung, Lohn und Naturalien auch Anspruch auf 4 Kilogramm Fleisch pro Woche, und das kollektivvertraglich abgesichert.

Die zitierte „Jagdlust“ – ja, die gibt es doch fast bei jedem Menschen in der ein oder anderen Form nach dem einen oder anderem „Lust“-Objekt. Diese in der ursprünglichen Art und Weise auszuleben, finde ich persönlich in Ordnung, und Kritik daran zu üben, sollte wohlüberlegt und besser recherchiert sein. Tierschützer kann sich jeder nennen, ein Jäger hat im Regelfall umfangreiche Kenntnisse nachzuweisen und entrichtet seinen Beitrag zur Gesellschaft sehr häufig mit hohem Kosten- und ideellem Aufwand.

Das junge unabhängige Namibia bekennt sich zur Trophäenjagd und tut gut daran. Tiere, die in Südafrika bis auf einige wenige Exemplare (Bleßbock) bereits vom Aussterben bedroht waren, sind in großer Zahl nun wieder in Namibia zu finden. Wenn für die lokale Bevölkerung Wild und Jagd einen Stellenwert haben, setzt sie sich für den Erhalt und die Vermehrung trotz Nahrungskonkurrenz ein. Ein Jäger gibt während seines Aufenthalts im südlichen Afrika ein Vielfaches von dem aus, was ein Tourist ausgibt. Dadurch wird der Wohlstand jedes einzelnen Namibiers gefördert, die Natur sinnvoll genutzt, die Beschäftigung gesichert und dem zivilisationsmüden Europäer ein Stück Naturempfinden zurück gegeben.



**Investment
auf
Augenhöhe**

Geld fairanlagen

www.oikocredit.at

01/505 48 55

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

.....

**Genießen Sie den Komfort
des Dreamliners zu attraktiven
Preisen zur mehr Zielen in
Afrika als jede andere Airline**

4x wöchentlich ab Wien



Buchen Sie in Ihrem Reisebüro oder Online
auf ethiopianairlines.com

Ethiopian
የኢትዮጵያ
THE NEW SPIRIT OF AFRICA

A STAR ALLIANCE MEMBER 